DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 107. Samstag, 8. Oktober 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 107. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

INJEKTIONEN: »Verschwörungstheorien« leider wahrgeworden – sagt jetzt auch der **MAINSTREAM** Seite 3

6 MIT DEMO-KALENDER

HEIZUNG GESPRENGT



Foto: SWEDISH COAST GUARD

?!

KRIEGSAKT GEGEN DEUTSCHLAND?

Wie DW und das Journalistenportal *apolut.net* aufdeckten: Die Versorgungsleitungen in der Ostsee wurden von den USA zerstört (#DW106 vom 30. September 2022).

Die Folgen der Leckstellen aller vier Stränge der Erdgasleitungen Nord Stream für Wirtschaft und Umwelt in Zentraleuropa sind enorm. Doch während sich die US-amerikanischen Eliten mehr oder minder ungeniert dieser Freveltat rühmen, wurde der Botschafter der USA bislang noch nicht einmal von der Bundesregierung einbestellt.

Bericht und Kommentar von Hermann Ploppa Seite 9
»Klaro, die Russen warn's« von Rainer Rupp, Seite 11

#Free Michael Ballweg!

POLITISCHER GEFANGENER

Er ist der Entwickler des »Freedom Phones« ohne serienmäßig eingebaute Überwachung: Der Bürgerrechtler Michael Ballweg. Am 29. Juni wird er zuhause abgeholt und nach Stammheim gebracht. Er wird seit über einem Vierteljahr illegal vom BRD-Regime festgehalten.

Die Demokratiebewegung wächst.

Seiten 6 und 7

TSCHÜSS, PROPAGANDA! *Diese Wochenzeitung gibts im* **ABO!**

Echter Anwalt

Preis der Republik geht an Hans-Eberhard Schultz.
LAUDATIO von Anselm Lenz



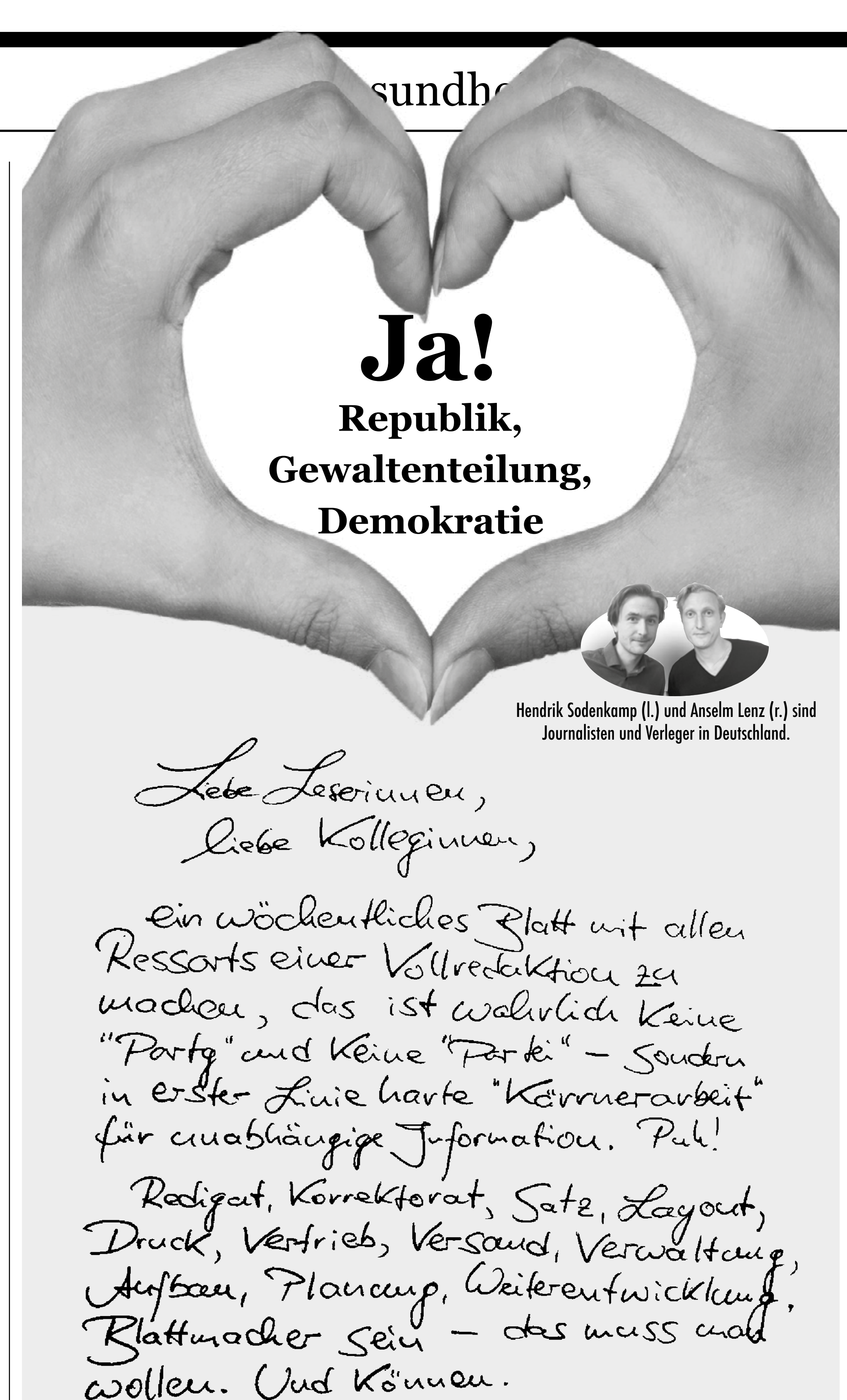
Alle »Linken« sind umgefallen? Nicht alle. Menschenrechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz kämpft still und effizient für Recht und Freiheit.

Nur mit der »Einigkeit« – zumindest der organisierten »Linken« – hapert es noch. Staats-, Konzern- und Parteifunktionäre versuchen die Spaltung der Demokratiebewegung, eine wahnhafte Trennung von vermeintlich »Rechten« von vermeintlich »Linken«. Das Spiel ist uralt und war noch nie so ahistorisch wie heute: Mit dem Corona-Komplex vieler Oligarchen und einiger Regierungsmitglieder steht eine mörderische Struktur den 99 Prozent gegenüber. Wie so oft in der Geschichte wird das Volk von gewaltsam einwirkenden Kräften geformt – und umfasst heute Arbeitslose, Jobber, Arbeiter, Angestellte und Mittelstand.

Der große Schultz, seit Jahrzehnten einer der wichtigsten Anwälte Europas, setzt sich für Demokraten aller Farben ein. Nur mit der AfD mag er sich nicht anfreunden. 2021 erreichte Schultz vor der Bundestagswahl die Aufhebung des Ausschlusses der Splitterpartei DKP. Gedankt wird ihm das, aber nicht mit klarer Positionierung gegen den Spritzengenozid. Damit steht diese Partei, ähnlich der Partei Die Linke, abseits der Internationalisten von Italien über Lateinamerika bis Neuseeland. Schultz nicht.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Hans-Eberhard Schultz. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen.



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leserinnen,
liebe Kolleginnen,

ein wöchentliches Blatt mit allen Ressorts einer Vollredaktion zu machen, das ist wahrlich keine "Party" und keine "Partei" – sondern in erster Linie harte "Kärrnerarbeit" für unabhängige Information. Puh!

Redigat, Korrektorat, Satz, Layout, Druck, Vertrieb, Versand, Verwaltung, Aufbau, Planung, Weiterentwicklung, Blattmacher sein – das muss man wollen. Und können.

Wenn Sie's wollen und können, unterstützen Sie die einzige Partei- und Konzernunabhängige deutsche Zeitung per CROWDFUNDING an den Verlag SODENKAMP + LENZ, IBAN: DE68 1001 0123 2493 3644 28, BIC: QNTODEB2XXX. Danke, Lenz.

Die Straße

EINWURF *von Werner Köhne*

In Fellinis »La strada« – deutscher Titel : »Das Lied der Straße« – wird die Straße zum eigentlichen Lebensraum, in dem sich das Schicksal von Menschen vollzieht. Ein Raum, der in diesem Film wie ein staubiger Strich durch das Süditalien der Nachkriegszeit verläuft.

Am beeindruckensten dabei die Schlussszene, in der ein Mensch sein Versagen an einem anderen Menschen erkennt. Nicht zufällig dort, wo eine leere Straße und ein gnadenloses Meer sich begegnen und er mit einer durch Worte nicht zu fassenden Einsamkeit konfrontiert wird.

Ein ähnlicher Schauer überkommt mich, wenn in einem Krimi in langsamer Kamerafahrt eine regennasse in rötliches Licht getauchte Straße auf mich zurückt – und in mir das Gefühl aufkommt, dass wir alle in einer falschen Welt leben – und im Film bald ein Mord geschieht.

Dass die Straße auch als Symbol des Aufbruchs taugt, hat die Erzählung um die Route 66 bewiesen: »Strike another match, go start anew« schrieb ein Bob Dylan sein »Lied der Straße« – aber der Barde wusste auch, dass diese Lebenslosung in tiefer Melancholie enden konnte: »It's all over now baby blue.« Die Straße als Schicksalsmeile, die Freiheit entfesselt: Darin sieht Klaus Theweleit den wichtigsten Beitrag in der Erzählung »1968«. Konkreter: Es waren nicht der Marsch durch die Institutionen, kein Theoriengebäude und auch nicht die RAF, die das Charakteristische, Gute an 68 ausmachten, sondern eben die Straße. Ein Forum alternativen Lebens.

Die Straße – so jüngst ein kluger Analyst – sei mit dem Beginn der Coronademonstrationen wieder als politischer Aktionsraum und Medium der Masse ab 28. März 2020 entdeckt worden.

Nachdem uns aber diese Meile der Freiheit flugs durch Straßensperrungen, brutale Einkesselung und Knüppeleinsatz genommen wurde, sind Spaziergänge in Umlauf gekommen. Ein Stück flanierende Begehung des Bürgersteigs, der Tradition bürgerlicher Selbstausweisung eher folgend als revolutionären Impulsen. Aber selbst dagegen wird ordnungsamtlich vorgegangen. Wir sind schließlich in Dsssssttchland.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

DAS EXPERIMENT

Die vermeintlichen Verschwörungstheoretiker wie DW haben auf ganzer Linie Recht. | Von Markus Fiedler



Demonstration der Demokratiebewegung in Nordrhein-Westfalen am zurückliegenden Wochenende. Foto: Georgi Belickin

Die Dosis der Corona-Gen-Impfungen ist vollkommen willkürlich festgelegt. Die Folgen der Impfungen werden im Experiment am Patienten beobachtet und gegebenenfalls die Dosis nachjustiert. Der Patient ist das Versuchskaninchen, weiß davon gar nichts und kann keine Entschädigung erwarten. Die angeblichen Verschwörungstheorien zur Gates-Stiftung werden jetzt zur bitteren »Wahrheit«, weil sie nach zwei Jahren im *Mainstream* angekommen sind (DW berichtete ab Ausgabe #DW1 vom 17. April 2020).

Sciencefiles.org brachte es in einem Artikel vom 27. September 2022 auf den Punkt. Die Dosierung der Genpräparate von Pfizer bis Moderna ist reine Willkür, ein Stochern im Nebel oder »Trial and Error«, wie es der Autor des Artikels ausdrückte. Diese Aussage beruht auf einem sogenannten »preprint paper« (Vorab-Veröffentlichung) der Autoren David Dunn, Richard Gilson, Sheena McCormack und Laura McCoy. Der Artikel mit dem Titel »Dose of approved Covid-19 vaccines is based on weak evidence: a review of early-phase, dose-finding trials«, zu Deutsch etwa »Covid-Impfdosierungen basieren auf schwacher Beweislage, Begutachtung der frühen Dosierungsversuche«, ist beim renommierten Portal medrxiv.org gelistet und einsehbar.

Die Autoren schreiben einleitend: »Die Anzahl der verschiedenen Dosen, die pro Impfstoff bewertet wurden, variierte stark (Bereich 1–7) [gemeint ist eins- bis siebenfache Dosis, Anmerkung der Redaktion], ebenso wie die Anzahl der Probanden, die pro Dosis untersucht wurden (Bereich 15–190). Wie erwartet, nahmen die Häufigkeit und Schwere der Nebenwirkungen im Allgemeinen bei höheren Dosen zu, obwohl die meisten klinisch tolerierbar waren.«

Man kam unter Auswertung bereits erfolgter Studien zusammenfassend zum Schluss, dass in Bezug auf die maximale Wirkung bei minimaler Nebenwirkung generell eine zu hohe Dosis bei den Gen-Impfungen verabreicht wurde. Die Autoren schreiben weiter: »Zusammenfassend hat unsere Überprüfung die schwache Evidenzbasis für die zugelassenen Dosen hervorgehoben, die derzeit in der Primärimpfserie verwendet wurden. Studien mit reduzierten Dosen sollten unter Einbeziehung der ersten Injektion sowie der Booster-Injektionen ausgeweitet werden. Die Erfahrung mit Covid-19-Impfstoffen spiegelt die in der therapeutischen Arzneimittelmedizin wider, dass die Dosis der ursprünglich vermarkteten Impfstoffe häufig als unnötig hoch empfunden wird.«

In diesem Zusammenhang sei nochmal auf eine Entdeckung von Craig Pardekooper und Karl Denniger aufmerksam gemacht, dass anscheinend die Gen-Impfdosen bereits bei Ausgabe ohne das Wissen der verabreichenden Ärzte seitens der Pharmaunternehmen variiert wurde. Das geht aus der Auswertung der US-amerikanischen VAERS-Datenbank hervor, in der Rückmeldungen zu Nebenwirkungen aller Medikamente protokolliert werden. Wir hatten bereits in zwei Ausgaben vom Frühjahr 2022 darauf aufmerksam gemacht (#DW75 und #DW76).

VERSTOSS GEGEN ETHIK UND GESETZE

Es erhärtete sich der Eindruck, dass hier eine versteckte Versuchsreihe zur optimalen Dosierung der Impfchargen huckepack in den Impfkampagnen untergebracht wurde. Dieses Vorgehen, sollte es tatsächlich vorsätzlich geplant und durchgeführt worden sein, verstößt gegen alle grundlegenden ethischen und gesetzlichen Regelungen zu medizinischen Behandlungen weltweit. Die Patienten wurden eindeutig nicht über den experimentellen Charakter der Impfkampagnen aufgeklärt, schon gar nicht über eine Testreihe zur Dosisfindung.

Und weitere Beobachtungen zu den angeblichen »Impfungen« werden immer wieder durch neue Veröffentlichungen in medizinischen Zeitschriften bestätigt. Die Impfungen schaden mehr als dass sie nützen. So zeigte eine Studie der Universität Oxford, dass Corona-Gen-Impfungen das Infektionsrisiko um 44 Prozent erhöhen und nicht etwa um diesen Prozentsatz verringern, wie auch das österreichische Journalismusportal TKP.at berichtete.

Die allermeisten Impfgeschädigten werden wohl keine Entschädigung bekommen, wie auch ich es bereits mehrfach prognostiziert habe. *Report 24* und der *MDR* berichteten über so einen Fall. Ein 37-jähriger Mann, erlitt eine Hirnthrombose und trotz ärztlicher Bestätigung des Impfschadens will der Konzern Astrazeneca kein Geld zahlen. Denn laut dem Konzern sei dem Impfling das Risiko bekannt gewesen.

VERSCHWÖRUNGSTHEORIE? JETZT IST ES IM MAINSTREAM!

Und bei alldem hat mittelbar auch die Gates-Stiftung ihre Pfoten im Spiel. Sie hat in vielen Teilen den Fahrplan und die Akteure für die Impfkampagne vorgegeben. – Das halten Sie für eine abstruse Verschwörungstheorie? Das war gestern. Jetzt wird das im *Mainstream* diskutiert. – Der Druck der Realität hat allmählich Auswirkungen auf redaktionelle Entscheidungen bei Artikelveröffentlichungen.

So hat das DW-Konkurrenzblatt *Welt* am Sonntag, den 18. September 2022 einen mehrseitigen Artikel veröffentlicht, der vieles bestätigt, was man hier wie auf KenFM von Ken Jebsen schon deutlich früher hätte erfahren können. Wenn man denn bereit gewesen wäre, beispielsweise die Aussagen des Journalisten Ken Jebsen (bürgerlich Kayvan Soufi-Siavash) nicht als blöde Verschwörungstheorien abzutun. In der Welt am Sonntag liest nunmehr der verwunderte Beobachter über die Verstrickungen von Bill Gates in die Impfkampagnen folgendes:

»Am Ende zeigt sich, welch immensen Einfluss ein Netz um die *Bill-and-Melinda-Gates-Foundation* auf die globale Corona-Politik hatte. Die Stiftung und drei ihrer wichtigsten Partner gehörten in der Pandemie zu den größten Geldgebern, unter anderem der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Zudem haben sie, wie die Pharmaindustrie, darauf hingewirkt, dass Regierungen politische Entscheidungen so treffen, wie sie es für richtig hielten. Das gilt besonders für die Frage, wer Impfstoffe herstellen könnte – und unter welchen Bedingungen.«

Auf diese vermeintlich bahnbrechende Erkenntnis ist man laut eigener Aussage vom investigativen Rechercheteam von *Welt am Sonntag* und *Politico* nach einer sechsmonatigen Recherche gekommen. Welch unglaubliches Ergebnis! Die Vollprofis von der *Welt am Sonntag* kommen mit dieser Veröffentlichung exakt zwei Jahre, zwei Monate und 25 Tage zu spät. Denn das war spätestens am 23. Mai 2020 auf KenFM unter dem Titel »MMM 57, The winner is … Bill Gates« zu sehen.

Ganz ganz nebenbei haben sich noch einige weitere von Ken Jebsens Aussagen aus dem Jahr 2020 bestätigt, zum Beispiel die Themen Zwangsimpfung, Bevölkerungskontrolle und Sterilisation durch Impfung, die selbstverständlich nicht von den Autoren der *Welt* angesprochen werden. Damit bewegt sich der Wert des *Welt-am-Sonntag*-Artikels allenfalls noch im Bereich für Liebhaber antiquarischer Literatur. Alle anderen kämpfen beim Anblick dieses *Welt*-Artikels wohl eher mit akuter Narkolepsie.

Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

MRNA IN MUTTERMILCH

New York/DW. Wissenschaftler der Universität von New York (NYU) haben die genomverändernden MRNA-Stoffe in den fälschlich »Impfung« genannten Covid-Substanzen in der menschlichen Muttermilch nachgewiesen.

Damit sind weitere Beweise dafür geliefert, dass sich MRNA im ganzen Körper ausbreitet, was bisher von Protangonisten des unter schwerwiegendstem Genozidverdacht stehenden Corona-Regimes abgestritten worden war. Die Studie der NYU wurde in der ablaufenden Woche veröffentlicht (https://jamanetwork.com/journals/jamapediatrics/article-abstract/2796427). (ale)

MDR BERICHTET IMPFSCHADENPROZESS

Erfurt/DW. Der Propagandasender *MDR* dokumentierte in der ablaufenden Woche überraschend den Beginn des ersten Schadensersatzprozesses nach den aufgenötigten Injektionen: »Der erste Prozess gegen einen Impfstoffhersteller wurde eröffnet.« (https://www.youtube.com/watch?v=DA9OEgHoc7A) (ale)

MELDUNG



STERNMARSCH
AUF BERLIN

Berlin/DW. Am vorvergangenen Freitag, 30. September ging das Bündnis der Familiendemonstrationen #FriedlichZusammen mit anderen dezentralen Bewegungen der Demokratiebewegung zusammen. Der Sternmarsch war wochenlang angekündigt worden und öffnete sich für Teilnehmer alle politischen Farben für Grundrechte, gegen Spritzenzwang, Kriegskredite und Zerstörung des Rechtsstaates. Mehrere tausend Teilnehmer zogen von vier Startpunkten zum zentralen Neptunbrunnen unweit dem Berliner Alexanderplatz. (ale)

DER
FREITAG

Washington/Stuttgart/Berlin/Kiew/Moskau/DW. Am Freitag, 30. September 2022, sagte der Kiewer Regent Wladimir Selenski, es werde mit ihm »keine Verhandlungen geben, solange Putin Präsident« sei. Kiew wolle zudem »im Schnellverfahren« der Nato beitreten, was Washington zunächst zurückwies.

Ebenfalls am vorvergangenen Freitag nach DW-Redaktionsschluss: In Moskau unterzeichnete Putin bei einem umfangreichen Zeremoniell in der Staatsduma und später mit Publikum auf dem Roten Platz zusammen mit vier Gouverneuren den Anschluss der vier russischsprachigen Regionen der Ostukraine an die Russische Föderation. Zuvor war in Volksentscheiden – deren Umstände aus der Ferne schlecht bewertet werden können – dafür jeweils überwältigend eindeutig zustimmend optiert worden (DW berichtete). Der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden kommentierte noch am Freitag,»die USA werden das niemals anerkennen«, auch nicht in ferner Zukunft.

Weitere Sanktions- und Rüstungs-»Pakete« mit teils Hunderten-Milliarden-Kriegskrediten wurden in Nato-Ländern beschlossen. Nato-General Jens Stoltenberg verkündete in einer zeremonienhaften Konferenz, ebenfalls am 30. September, unter anderem die Errichtung eines weiteren sehr großen US-Stützpunktes in der BRD, mit dem der Osteuropa- und Asienfeldzug über die nächsten Jahre orchestriert werden soll. Bislang hatte der Eucom-Stützpunkt in Stuttgart-Vaihingen als Kommandozentrale des US-UK-Besatzungsregimes in der BRD gegolten. (ale)

»LAMBRECHT KÜNDIGT WEITERE HAUBITZEN AN«

Die Ukraine wird entvölkert. Wie BRD-Berufspolitiker und Konzernmedien trotzdem den Dritten Weltkrieg propagieren. | BERICHT *und* KOMMENTAR von Anselm Lenz

Sechzehn Radhaubitzen des Modells Susanna-2 sollen an Kiew geliefert werden, so Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Dass die aus Washington und London dirigierte Nato gegen Russland in den Krieg ziehen wird, wurde seit dem Jahr 2014 immer deutlicher. Und alle müssen mit. Alle?

Als wären sie unter Mordrohungen gestellt und unter Drogen gesetzt worden, überbieten sich BRD-Politiker und Konzernmedien mit der Bejubelung von Rüstungsproduktion und Waffenlieferungen – selbstverständlich sei man »keine Kriegspartei« (Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD). Man »verteidigt« halt nur die Ukraine – bis zum letzten Ukrainer.

Laut dem Flüchtlingshilfswerk UNHCR sind bereits über 2,7 Millionen Ukrainer nach Russland geflüchtet, 1,4 Millionen nach Polen, eine Million nach Deutschland, rund 400.000 nach Tschechien, rund 200.000 nach Italien und je grob 100.000 in die Türkei, nach Spanien, Großbritannien, Frankreich und die Slowakei. Und das sind nur die registrierten Geflüchteten laut UNHCR-Daten vom 30. September. Auf öffentlichen Großbildschirmen läuft Werbung fürs »Investieren in der Ukraine«, zu besichtigen etwa am Berliner Platz der Vereinten Nationen und den Bildschirmen über Pinkelbecken an Autobahnraststätten: »Wir sprechen Englisch, wir können IT«, frohlockt es aus Kiew.

JEDER MUSS
MAL HIN

Zum Kriegsprogramm gehört, dass jeder Berufspolitiker mindestens einmal nach Kiew reisen muss, um seine Ehre an der Nato-Ostfront abzugeben. Zuletzt reiste die frühere Justizministerin Lambrecht ins Kriegsgebiet. In einem Anfall von Gewissen hatte sie 2020 noch das Demonstrationsrecht verteidigt – und sogar den derzeit angesehendsten deutschen Öffentlichkeitspreis, den Preis der Republik verliehen bekommen (später begründet aberkannt, vgl. Seite 2). Die Juristin und heutige Verteidigungsministerin erklärte nach ihrer Rückkehr aus dem teilentvölkerten Odessa am 2. Oktober 2022 sogleich im *ARD*-Propagandaformat



Umstritten ist gar kein Ausdruck: Bundesinnenministerin Nancy Fäser und Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (beide SPD) bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages mit FDP und Bündnisgrünen am 7. Dezember 2021. Foto: CC/Sandro Halank

»Bericht aus Berlin«: »Wir werden uns noch in vielfältiger Weise engagieren.«

Wie es mittlerweile Brauch ist, erklären unsere Politiker dann, welche Waffengattung ihnen besonders am Herzen liegt. Die *ARD* meldet, bildlich, aus dem Nato-Hauptquartier: »Lambrecht kündigt weitere Haubitzen an.« Ihr Steckenpferd ist die Susanna-2. 16 Stück mobile Radhaubitzen für 93 Millionen Euro. Damit können EU und Nato buchstäblich dort einschlagen, wo die Nazis noch scheiterten – und genau dieses Zeichen soll auch nach innen, zu uns, gesendet werden. Die 100 Milliarden Kriegskredite (unser Geld, unsere Produktivkraft) wollen ja kräftig verballert werden.

Zuletzt hatte der inaugurierte US-Präsident Joseph Biden das Corona-Regime für beendet erklärt (DW berichtete in #DW106). »Die Pandemie ist vorbei. Sie sehen, dass niemand eine Maske trägt und die Leute trotzdem in guter Verfassung sind«, hatte der Befürworter der US-Invasion des Iraks ab 2003 erklärt. Im Zuge der Automesse in der Stadt Detroit von 14. bis 25. September sagte er im TV-Interview weiter, er habe seine »ganze Karriere lang die Pharma bekämpft und nun haben wir die Pharma besiegt«. Aha? Obschon Karl Lauterbach (SPD) unbedingt weitermachen möchte und täglich ungeniert seinen gesalzenen Narzissmus heraushängen lässt: Das Corona-Weltkriegsvorbereitungsprogramm dümpelt wohl aus. Die größte Verwertungskrise des US-UK-Oligarchenkapitalismus seit 1929 muss also nun sein klassisches »Krisenlösungsprogramm« übergehen: Einen gigantischen Krieg, in dem überschüssiges Kapital massenhaft »verbrannt« wird, um das Klassenverhältnis zwischen völlig entrückt-großem Geld und Arbeit (Ihnen, uns, den 99 Prozent) unangetastet zu lassen, aus Sicht der Oligarchen durch »Abschmelzen« wieder »aufzufrischen«.

MARKTKONFORMER
SPRITZENGENOZID

Zuletzt haperte es bei Wachstum und Zinsen. »Aufgestaute« Investitionen fanden Jahrzehntelang keine rentablen Vermehrungsziele mehr, gigantische »Blasen« entstanden, »Bullshit-Jobs« grassierten (vgl. David Graeber). »Der Crash ist gewollt«, erklärte der Finanzexperte Dirk Müller bereits im April 2020 (DW berichtete). Das Verarmungs-, Corona-, Kriegs- und Grenzregime sind also als ein innerer und geführter Zusammenhang begreifbar: Die Rettung asozialer und skrupelloser Eliten vor den Interessen der 99 Prozent, die bereits beim vergangenen *Crash* ab 2009 etwa forderten: »Occupy Wall Street!«, zu Deutsch etwa: »Besetzt die Börse von Manhattan!«

Selbstverständlich gibt es auch eine andere Lösungsmöglichkeit als Lügen, Kinderschändermasken und Weltkriegstreiberei – nur weil ein paar Billiarden-Konzerne und Staatsfunktionäre Angst vor ihrem eigenen Karriereende haben. Sie muss (und darf) nichts mit Zensur, Stalinismus, Faschismus, Schleifung des Rechtsstaates, Enteignung von kreativen Mittelständlern oder womöglich Enteignung von, bildlich, Tante Juttas Häuschen und oder sonstigen (berechtigten!) Schreckgespenstern zutun haben. Doch mit weniger als einer revolutionären Absetzung von Großkapital und Berufspolitikern ist die vernünftige Lösung eben nicht möglich.

Die einzige Partei, der das derzeit dämmert und die seit vier Wochen endlich ernsthaft zur Demokratiebewegung (Seite 6) mitmobilisiert, ist die AfD. Die anderen halten lieber mit Konzernmilliardären, Pharma- und Rüstungslobby und hoffen auf ein Energiewunder sowie fanatische Klima-*Teenager* aus zerrütteten Oberschichtsfamilien mit ihrem spröden Lolita-Charme. Vernünftiger einer, der mit dem ganz großen Chef eng verbunden sein will: Zuletzt »flehte« der Papst Franziskus Kiew (Washington) und Moskau an, endlich einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Aber wo sollte Lambrechts Haubitze dann hinschießen?





BILDMELDUNG | Staatsapparat und Konzerne drehen durch: Als »Antifa«-Zivilisten verkleidete kriminelle Staatssicherheit greift am vergangenen Samstag, 30. September, auf dem Berliner Alexanderplatz Mitglieder der »Freien Linken« an. Diese hatten mit Handwerk und Industriearbeiterschaft gegen Kriegskredite, Spritzenmord, Verelendungspolitik und die Corona-Lüge demonstriert. (jro)



Demonstration am 3. Oktober in Prien: »Wer die Medien kontrolliert, kontrolliert das Bewusstsein – Jim Morrisson.« Foto: DW/Lenz

Die Zukunft gehört der direkten Demokratie

KOMMENTAR | Von Markus Bönig

Das aktuelle Politiksystem hat das Vertrauen verspielt. Die Volksvertretung ist überholt. Die Parteien in unserem Land repräsentieren schon lange nicht mehr den größten Teil der Gesellschaft, sondern nur noch sich selbst. Immer weniger Wahlberechtigte fühlen sich von den Gewählten tatsächlich vertreten, sondern im wahrsten Sinne des Wortes ohnmächtig.

Die Reformbedürftigkeit der parlamentarischen Demokratie steht außer Zweifel. Denn sie ist mit den zum größten Teil selbstverschuldeten Krisen überfordert. Parteien maßen sich Entscheidungsmacht an, halten den Staat in ihren Fängen. Unsere gegenwärtige Krise besteht deshalb nicht darin, dass wir unserer Mitbestimmung müde geworden wären, sondern darin, dass wir zur Mitbestimmung noch nie die Möglichkeit hatten.

Der basisdemokratische Wandel unserer Gesellschaft ist im vollen Gange. Er wird nicht aufzuhalten sein. An die Reformierbarkeit der Parteien glauben nicht einmal die Parteien selbst. Die Reformbedürftigkeit der parlamentarischen Demokratie aber steht außer Zweifel. Wir brauchen einen umfassenden, demokratischen Neustart: Mehr Mitbestimmung, offener Umgang mit anderen Meinungen, nein zu Krieg und ja zum Wohlstand.

Was wir brauchen, ist eine echte Gewaltentrennung, direkte demokratische Legitimierung aller Entscheidungsträger, Beteiligung der Bevölkerung an wesentlichen Sachfragen, damit verknüpfte Politikerhaftung, ein Vetorecht der Bevölkerung. All dies lässt sich leicht umsetzen und ist in Artikel 20 des Grundgesetzes bereits angelegt.

Mit *Restart Democracy* hat die niederländische Rudulin-Stiftung unter meiner Leitung am 3. Oktober eine umfassende Kampagne auf den Weg gebracht, um genau diese Entwicklung nach Kräften zu unterstützen. *Restart Democracy* ermöglicht erstmals ein umfassendes Veto der Bevölkerung gegen unser bisheriges Politiksystem. Auf unserer Webseite werden die drei Bereiche der Kampagne, bestehend aus *Resist*, *Rethink* und *React* ausführlich dargelegt.

Es ist jetzt die Zeit, um friedlich umzusteuern und unsere Demokratie neu zu starten. Wir können keinen Tag länger so weitermachen wie bisher, denn unser Land wird gerade nachhaltig ruiniert.

Siehe *online* Restart-Democracy.org sowie für den 5-Punkte-Plan NichtOhneUns.de



Markus Bönig ist Demokrat, Stifter, Ideengeber und Aktivist für Restart-Democracy.org



Der sanktionierte Pfarrer

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***Dirk Sattelmaier***

In dieser Woche vernahm ich nach einer fünfstündigen Bußgeldverhandlung vor dem Amtsgericht Rastatt wohl Historisches: Zum ersten Mal wurde ein Pfarrer wegen des Abhaltens eines Gottesdienstes in Form eines Bußgeldes sanktioniert. Jedenfalls ist mir kein Urteil der bundesrepublikanischen Geschichte bekannt, welches ähnlich oder gar gleich gelagert ist (man möge mich aber gerne eines Besseren belehren).

Hintergrund war, dass der Pfarrer am Rande einer verbotenen Versammlung in Rastatt zu Deeskalationszwecken kurzerhand einen Gottesdienst dann abgehalten hatte, als sich die Stimmung zwischen Demonstranten und Polizei hochzuschaukeln begann. Und siehe da: sein Plan, zur allgemeinen Beruhigung beizutragen, ging nach den Feststellungen in der Hauptverhandlung auch tatsächlich auf, denn anschließend gingen die allermeisten Teilnehmer beruhigt und ohne jegliche Konfrontation nach Hause.

Diesen Umstand beziehungsweise das Motiv des Pfarrers »belohnte« die Richterin sogar damit, das ursprünglich verhängte Bußgeld von 1.500 Euro auf »nur« 1.000 Euro herabzusetzen.

Trotzdem: das Verhalten des Pfarrers war nach Ansicht der Richterin dennoch zu sanktionieren, weil Gottesdienste seinerzeit in der baden-württembergischen Verordnung halt nur unter sehr strengen Voraussetzungen (Maskenpflicht, Datenerhebung et cetera) abgehalten werden durften. Im Gegensatz wurden Versammlungen nach Artikel 8 des Grundgesetzes zumindest in der gleichen Verordnung nur mit dem Abstandsgebot (welches bei dem Gottesdienst weitgehend eingehalten wurde) beauflagt, was eine nicht verfassungskonforme Schieflage der beiden Grundrechte des Artikel 4 und 8 GG bedeutet. Der Grund hierfür lag sicherlich darin, dass der Verordnungsgeber im »Ländle« nicht die Gottesdienste unter freiem Himmel im Blick hatte.

Leider fehlte der Vorsitzenden – wie so häufig – einfach der Mut (und/oder auch der Wille), durch eine entsprechende grundrechtskonforme Auslegung den offensichtlichen Fehler der Verordnung zu korrigieren (unabhängig davon, ob man die Coronaverordnungen insgesamt beziehungsweise in weiten Teilen für verfassungswidrig hält), denn zu einer solchen Korrektur habe ich die Richterin ausdrücklich aufgefordert, was auch tatsächlich in ihrer Macht steht. Bleibt zu hoffen, dass nun das Oberlandesgericht Karlsruhe in der eingelegten Rechtsbeschwerde übernimmt.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.

MELDUNG

REGIME MIT VERFAHREN GEGEN PROFESSOR BHAKDI

Plön/DW. Der weltweit hochangesehene Virologe Professor Sucharit Bhakdi soll vom Regime mit einem Schauprozess ins Visier genommen werden. Wie die Propagandaplattform Tagesschau.de am 5. Oktober bekanntgab, eröffnet das Amtsgericht Plön nach Anklage durch die politisch besetzte Generalstaatsanwalt Schleswig-Holsteins ein Verfahren wegen »Volksverhetzung in zwei Fällen«. Angeblich soll Bhakdi sich antisemitisch geäußert haben. Seine unglückliche Äußerung zum zwischenzeitlichen Impfterror auch in Israel, »das Volk der Juden« habe von den Nazis »das Erzböse« gelernt, wurde indes auch in der Demokratiebewegung gegen den Corona-Putsch kontrovers diskutiert. Entlastung kam nach Klarstellung Bhakdis aus jüdischen Gemeinden in Deutschland und von israelischen Demokraten.

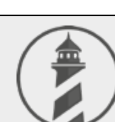
Bhakdi gilt neben Professor John Ioannidis als eine der Wissenschaftskoryphäen, die die Corona-Lüge nachwiesen und entlarvten, Anklage und Prozess als machtpolitisch motiviert. Das Verteidigerteam besteht unter anderen aus den Rechtsanwälten Dr. Reiner Füllmich, dem Juraprofessor Martin Schwab sowie dem Rechtsanwalt Wilfried Schmitz. Auch gegen Füllmich soll demnach mit ähnlicher Anklage ein Schauprozess eröffnet werden. Bhakdi kündigte umfangreiche Proteste am Amtsgericht Plön an. (ale)

EU WILL CHATKONTROLLE

Berlin/DW. Die Redaktion Emrawi.org weist in einem Statement auf den undemokratischen Charakter der des »EU-Verschlüsselungsverbots« und der »Chatdurchleuchtungspflicht« hin. Die EU-Kommission fordert diese in einem seit Mai vorliegenden Gesetzesentwurf. »Damit sollen zukünftig Dateien wie Bilder und Nachrichten direkt auf unseren Kommunikationsgeräten wie Smartphones, Laptops und PCs in Echtzeit ›KI-basiert‹ gescannt werden. Als problematisch erkannte Inhalte beziehungsweise ›Verdachtsfälle‹ sollen dann an Stellen wie Behörden und bestimmte private Akteure (NGOs) weitergeleitet werden«, heißt es (vergleiche Seiten 12/13 dieser Ausgabe #DW107). Als Vorwand soll die Aufklärung von »Kindesmissbrauch« herhalten. Ein »Vorwand«, der bereits in der Vergangenheit für totalitäre Überwachungsideen benutzt worden sei. Weiter: »Die angekündigten Proteste gegen die EU-Chatkontrolle werden wir unterstützen! Auf die Straße!«, so die Emrawi-Redaktion. (ale)

DW PER NEWSLETTER

Zürich/DW. In eigener Sache: Mit der Demokratiebewegung auch per Rundbrief in Kontakt bleiben? Über die Seite NichtOhneUns.de und der Schaltfläche »Newsletter« können sich auch Leser der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand zu Rechtsthemen, Demokratiebewegung, Journalismus und Demonstrationen per E-Mail informieren lassen. Über denselben Link kann sich von den Rundbriefen, die im Schnitt ein- bis zweimal die Woche kostenlos eintreffen, wieder abgemeldet werden. (jro)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: DONNERSTAG AB 16 • WDR STUDIO • KARMELITERSTRASSE 1-3
BADEN-BADEN: DONNERSTAG AB 12 • SWR STUDIO • ERNST-BECKER-STR. 1
BALINGEN. DONNERSTAG 11.30 • SCHWARZWÄLDERBOTE • HERRENMÜHLENSTR. 4
BERLIN: • DONNERSTAG AB 18 • RBB STUDIO • MASURENALLEE
CHEMNITZ: MONTAG 16.30 • MDR SACHSENSPIEGEL • CAROLASTR. 4-6
DORNBIRN: DONNERSTAG AB 14 • ORF VORARLBERG • RUNDFUNKPLATZ 1
ERFURT: DONNERSTAG AB 16 • MDR STUDIO • GOTHASTR. 36
FRANKFURT: DONNERSTAG AB 15 • HR STUDIO • BERTRAMSTR. 8
FREIBURG: DONNERSTAG AB 16 • SWR STUDIO • KARTÄUSERSTR. 41
FULDA: DONNERSTAG AB 14 • HR STUDIO • RABANUSSTR. 14-16
GARMISCH: MONTAG 18.45 • GAPATAGBLATT • ALPSPITZSTR. 5
HAMBURG: DONNERSTAG AB 17 • GRUNER+JAHR • BAUMWALL 11
KEMPTEN: DONNERSTAG 17.40 • BR RUNDFUNK • SIEGMUND-ULLMANN-PLATZ
KIEL: DONNERSTAG AB 16 • NDR STUDIO • SCHLOSSPLATZ 3
KÖLN: DONNERSTAG AB 17 • WDR STUDIO • APPELLHOFPLATZ 1
LANDAU: DONNERSTAG AB 16 • RHEINPFALZ • OSTBAHNSTR. 12
LANDSHUT: DONNERSTAG AB 18 • BR STUDIO • ALTSTADT 74
LIMBURG: MONTAG AB 19 • NASSAUISCHE NP • AM NEUMARKT
LÜBECK: MONTAG AB 18 • NDR MEDIA DOCKS • WILLY-BRANDT-ALLEE 31D
MAINZ: DONNERSTAG 15.30 • ZDF STUDIO • ZDF STR. 1
MEININGEN: DIENSTAG AB 12 • AM BRUNNEN • MARKTPLATZ
MÜNCHEN: DONNERSTAG AB 18 • BR HOCHHAUS • HOPFENSTR. 5
NÜRNBERG: DONNERSTAG AB 16 • BR STUDIO • WALLENSTEINSTR. 117
OSNABRÜCK: DONNERSTAG AB 16 • NDR STUDIO • MARKTPLATZ •
POTSDAM: DONNERSTAG AB 18 • RBB STUDIO • MARLENE-DIETRICH-ALLEE 20
RAVENSBURG: DONNERSTAG AB 17 • SCHWÄBISCH MEDIA • KARLSTR. 16
ROSENHEIM: MITTWOCH 19.15 • OVB HEIMATZEITUNG • HAFNERSTR. 5-13
SAARBRÜCKEN: MITTWOCH AB 17 • SR SAARLAND • ST. JOHANNER MARKT
SIEGEN: DONNERSTAG AB 17 • WDR STUDIO • AM BAHNHOF 9
WÜRZBURG: DONNERSTAG AB 16 BR STUDIO • BAHNHOFSPLATZ 2

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gehtsemanetkirche – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus - DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz - PFEDLBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 8.10.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 8.10.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 8.10.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 8.10.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 8.10.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 8.10.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 8.10.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 8.10.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 8.10.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 9.10.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug
So, 9.10.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 9.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 9.10.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 10.10.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 10.10.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 10.10.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 10.10.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.10.2022 15-17 Uhr	Teterow, am Rathaus	Kundgebung und Aufzug
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 10.10.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 10.10.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 10.10.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 11.10.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 11.10.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 11.10.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 11.10.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 11.10.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 12.10.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 12.10.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 12.10.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 12.10.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 12.10.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 12.10.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 12.10.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
12.10.2022 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 12.10.2022 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 13.10.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 13.10.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 13.10.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 13.10.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 13.10.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 13.10.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 13.10.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 14.10.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 15.10.20022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 15.10.20022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 15.10.20022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 15.10.20022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 15.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 15.10.20022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 15.10.20022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 15.10.20022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 15.10.20022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 17.10.2022 15-18 Uhr	Neubrandenburg, am Marktplatz	Kundgebung und Aufzug NOCH SORTIEREN
Sa, 22.10.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 22.10.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 29.10.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



VOLKSVERHETZENDE RECHTSANWENDUNG

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Am 22. September 2021 wurde in Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches von der Öffentlichkeit fast unbemerkt der Paragraph 126a des Strafgesetzbuches, »Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten«, verkündet. Der Gesetzgeber handelte bestimmt nach bestem Wissen und Gewissen:

»Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten, Strafbarkeit der Verbreitung und des Besitzes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern und Verbesserung der Bekämpfung verhetzender Inhalte sowie Bekämpfung von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen.«

Die aktuelle Anwendung des § 126a StGB erfüllt uns allerdings mit großer Sorge. Zur Sachverhaltsschilderung in Kürze: In den zurückliegenden zweieinhalb Jahren wurden öffentlich viele Äußerungen zum Nachteil von Ungeimpften getätigt. Viele dieser Äußerungen erfüllen nach unserer Rechtsauffassung die Tatbestandsmerkmale des § 130 StGB – Volksverhetzung.

STAATSJUSTIZ MIT ZWEIERLEI MASS

Obwohl viele Anzeigen erstattet wurden, sind uns keine Strafverfahren zum Nachteil der äußernden Personen bekannt. Mic de Vries war Mitinitiator des *Hashtags* #Ich Habe Mitgemacht. Unter diesem Schlagwort wurden einige der erwähnten öffentlichen Äußerungen als Zitate gesammelt, mit den *Followern* in der *Twitter*-Blase *online* diskutiert und teilweise mit Fotos versehen. Zum Nachteil Mic de Vries' wurde nun ein Strafverfahren eingeleitet. Mic de Vries wurde im Beschuldigtenstatus zur zuständigen Polizeidienststelle vorgeladen. Der Tatvorwurf lautet: § 126a StGB, also ebenjenes »Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten«.

Etwas angepasst, kommt einem direkt eine Täter-Opfer-Umkehr und eine Einengung von Debattenräumen in den Sinn. Die langfristigen gesellschaftlichen Auswirkungen der rechtlichen Möglichkeiten, gestützt auf den § 126a StGB, so wie dieser in dem aktuellen Kontext angewandt wird, sind noch nicht absehbar. Was aber bereits bezüglich des aktuellen Sachverhaltes mit den Worten von Kurt Tucholsky gesagt werden kann: »In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.«

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

DER AUFBRUCH

Millionen Bürger gehen in Deutschland selbstbewusst auf die Straße. Viele wollen einen demokratischen Neuanfang, Frieden, ihre Grundrechte und ein Ende der Korruption. | Über den Zustand der Demokratiebewegung von Sophia-Maria Antonulas

Ein Montagsspaziergang an diesem 3. Oktober 2022, dem Tag der Deutschen Einheit, der weder im Westen noch im Osten des Landes jemals richtig gefeiert wurde. Könnte es dieses Jahr anders sein? Mehr als 2.000 Menschen ziehen in Görlitz mit Pauken und Trompeten durch die sonst leeren Straßen – vorbei an unzähligen für immer geschlossenen Geschäften und kaum besuchten Gaststätten. Die bunt angestrichenen Fassaden der Häuser wirken wie Kulissen. Doch all die Schminke hilft den Investoren nichts mehr. Die Unglücksritter warten vergeblich auf Ahnungslose, die die hohe Zeche bezahlen.



Für Einigkeit und Recht und Freiheit: Demonstration der Demokratiebewegung in Görlitz zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2022. Foto: Sophia-Maria Antonulas

»Es entwickelt sich was, und ich hoffe, es endet nicht so, wie nach der Entscheidung gegen eine allgemeine Impfpflicht – die immer noch im Hintergrund köchelt – als sehr viele, viel zu viele, wieder wegblieben«, erklärt Burkhard Hasenfelder, ein Mitorganisator des Görlitzer Montagsspaziergangs. Es ginge um mehr als nur die nächsten Gasrechnungen. »Sie arbeiten unbeirrt weiter an der totalen Kontrolle und Enteignung – für ihre Ideologie und so genannte grüne Agenda ohne Grund-, Freiheits- oder Menschenrechte. Das muss allen klar sein. Wir brauchen eine völlig neue Gesellschaft und ein neues Miteinander – nicht nur in Deutschland.«



Prien/Herrenchiemsee: Beim »Geburtshaus des Grundgesetzes« stimmte das anwesende Volk für den Fünf-Punkte-Plan. Foto: Anselm Lenz

VOLKSENTSCHEID MIT GRUNDGESETZ

»Corona war nur ein Symptom für all die Pläne dieser Täter«, bestätigt Dr. Paul Brandenburg den Teilnehmern bei seiner Auftaktrede am Görlitzer Postplatz. Aber der Berliner Arzt und Publizist spannt den Bogen noch weiter: »Zwei Jahre sind gewiss verloren seit dieser frei erfundenen Pandemie. Viel mehr noch aber – dreißig Jahre seit dem Fall der DDR. Denn seitdem haben wir als Bürger das stete Wachstum dieser Korruption genährt, die heute aus uns Untertanen macht.« Brandenburg fordert, mit der Korruption Schluss und stattdessen einen Neuanfang zu machen. »Stellen wir uns friedlich vor die Täter, in jeder Stadt, in jedem Dorf. Und zeigen ihnen: Sie müssen gehen! Mit ihnen wird nicht mehr verhandelt.«

In Prien am Chiemsee führt DW-Herausgeber Anselm Lenz eine Volksabstimmung durch. Wie schon zuvor am 1. August 2022 vor dem Bundestag sowie im September in Leipzig ist die Zustimmung zum 5-Punkte-Plan der Demokratiebewegung durch Handzeichen und Lautäußerung einhellig oder bei 99 Prozent. Der Ort der Abstimmung mit rund 1.000 könnte für den Tag der Deutschen Einheit kaum besser gewählt sein. Auf der Insel Herrenchiemsee wurde von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes ebenjenes entwickelt.

Der Fünf-Punkte-Plan der Demokratiebewegung lautet seit 28. März 2020, der ersten Demonstration weltweit gegen den Corona-Putsch und Entstehungspunkt der Mutter der Demokratiebewegung NichtOhneUns.de: »1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. 2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. 3. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.« Klar, rational und unbestechlich, praktisch durchführbar, labellos und ohne ideologische Aufladung – von Beginn an! Man fragt sich, was all die Diskussionen und Streitigkeiten sollen. Die Demokratiebewegung ist keine Partei, sondern die Revolution von unten und sie hat einen eindeutigen Beginn und den eindeutigen Fünf-Punkte-Plan.

KLAR UND UNBESTECHLICH STATT »WUNDERHEILER«

Auch in der Demokratiebewegung gilt es, sich von denjenigen zu verabschieden, denen es mehr um ihr Geschäftsmodell als um die Sache geht. Selbstbestimmung bedeutet auch, selbst zu handeln und nicht mehr bequem auf falsche Propheten, Lichtheiler, talkende Anwälte, Geld und Hoffnung zu setzen. Zum Glück entlarven sich diese Protagonisten entweder selbst oder haben sich mit den Spenden und Schenkungen längst zurückgezogen. Diejenigen, die noch ihr Unwesen treiben, werden vom Apparat zumindest geduldet – denn so können in manchem Fall die Mittel den aufrechten Demokraten entzogen und Zwietracht gesät werden. Doch die Spreu trennt sich vom Weizen, und immer mehr Menschen kommen selbstbewusst ins Handeln. In den Parlamenten weiß man mittlerweile, dass mehr als die Hälfte der Bürger die korrupte Politik und Verwaltung für diejenigen hält, die diesen Staat schon längst delegitimiert haben.

In Berlin zieht die Opposition inzwischen alle musikalischen und theatralischen Register. Ein kraftvolles Beispiel hierfür bietet »Die neue Normalität – ein dokumentarisches Musical«. Ein Erzähler führt durch Lieder, Dialoge und Videoeinspielungen, begleitet von einer vollen Band und stimmungsvollem Bühnenbild. In drei Akten verarbeiten die Darsteller die vergangenen zweieinhalb Jahre und zeigen Fassungslosigkeit und Empörung über Eingesperrtsein, Polizeigewalt. Sie singen vom Verlust alter, aber auch dem Gewinn neuer Freundschaften. Dieses zutiefst berührende Werk beweist, dass künstlerische Betätigung sowie die Reflexion über politische Zustände abseits heuchlerischer Regierungskonformität sehr wohl eine Zukunft haben.

Diese neue kritische Avantgarde setzt jedenfalls hohe Maßstäbe. So auch der Chor der Freiheitsvokalisten, der in der Hauptstadt immer wieder mit *Flashmobs* die Passanten zum Zuhören bringt. Dabei führen sie Werke wie den Gefangenenchor aus Verdis Nabucco auf, der dann allerdings mit den Worten beginnt: »Teure Freiheit, nach dir geht mein Sehnen.« Verantwortlich für den Satz und neuen Text der klassischen Widerstandswerke ist der Komponist Martin Torp, der den Chor auch leitet. »Neben den weiterhin wichtigen Demonstrationen und Spaziergängen sollten wir zivilen Ungehorsam praktizieren, wann immer die Regierung die demokratischen Rechte missachtet. Dazu hat laut dem früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann jeder Bürger das Recht und die Pflicht«, erklärt Torp. »Davon abgesehen, dürfen wir uns aber auch nicht überfordern und sollten darauf achten, seelisch-geistig sowie körperlich im Gleichgewicht zu bleiben. In der Ruhe liegt die Kraft. Wir lassen uns die Lebensfreude und den Humor nicht nehmen. Wenn wir es schaffen, friedlich und in der Liebe zu bleiben – auch den Andersdenkenden gegenüber – werden wir am Ende siegreich sein.«

LEBENSLUST UND NEUE BABIES

Eine weitere Gruppierung, die immer wieder gute Laune macht, veröffentlichte am Tag der Deutschen Einheit ihre Dokumentation »Freedom Parade – Tanz um dein Leben« auf ihrer Website freedomparade.de/doku-deutsch/. Der Film zeigt, dass – egal, wie oft die Polizei die Punks des Widerstands auch festnimmt – diese Aktivisten trotzdem frech, fröhlich und immer friedlich bleiben. Von der Tierärztin, dem ehemaligen Kneipenbesitzer, über den Installateur, den Drehbuchautor, bis zum Ex-Bundeswehroffizier, der Pharmamitarbeiterin und vielen anderen schillernden Menschen. Sie alle sind in der wohl humorvollsten Gruppe vereint, die die Demokratiebewegung bisher hervorgebracht hat. Während andere noch theoretisieren, wie Menschen mit verschiedenster Herkunft miteinander auskommen können, lebt das die Freedom Parade bereits vor, auch wenn dabei nicht immer familienfreundliche oder jugendfreie Feste herauskommen sollen. Heiter ist es allemal, das wahre Berlin.

Die sprichwörtliche lange Nase zeigte ein mittelalterlicher Restaurantbesucher den Görlitzer Montagsspaziergängern, die entschlossen aufgebrochen waren, um durch die Straßen zu ziehen. Ihm gefror allerdings sein Gesicht zur Fratze, als der Strom an Bürgern nicht abriss. Sie hatten die Abschlussworte von Brandenburgs Rede bestimmt noch im Kopf: »Vollenden wir nach mehr als dreißig Jahren nun endlich das, was hier begann. Nehmen wir uns endlich unsere Freiheit und damit endlich auch unser Land!«

Und neue Babies gibt es auch zu feiern. DW-Herausgeber Anselm Lenz war am Geburtsort des Grundgesetzes bei der Volksabstimmung in Oberbayern mit Ehefrau Louise und Töchterchen Marie, vier Monate. Mit dabei auch viele andere Familien mit Kindern. Die Demokratiebewegung hat also in jeder Hinsicht Zukunft. (red. erweitert)

Die Außenpolitikerin

oder: »Ich trete gegen Bärbock an!«



»Ich liebe Amerika.« Die Politikerin, Dichterin, Motocross-Sportlerin Alexandra Motschmann von Richthofen tritt gern gegen Annalena Bärbock an. Foto: Mario Bellami (2021)

Diesmal treffe ich Alexandra Motschmann. Sie ist eine wahre Abenteurerin, zum Beispiel als Eishockeyspielerin, Kibbuz-Bewohnerin in Israel, Motocross-Sportlerin, Pferdezureiterin bei Romas – und zudem professionell als Bauleiterin.

Bei der zurückliegenden Bundestagswahl war die nebenberufliche Schriftstellerin und Außenpolitikerin Direktkandidatin der Partei Die Basis (PdB) im Wahlkreis Ebersberg-Erding in Oberbayern. Sie errang mehr Erst- als Zweitstimmen, zog aber nicht ins Parlament ein, weil ein CSU-Kandidat »wie immer« etwa 40 Prozent errang. Motschmann beherrscht Englisch, Französisch, Italienisch, Griechisch, Spanisch und Russisch. Wir unterhalten uns auf Deutsch am Tegernsee.

DW: Seit wann sind Sie Antiamerikanerin?

Alexandra Motschmann: Ich bin keine Antiamerikanerin. Ich liebe Amerika. Ich liebe Land und Leute. Ich liebe die Offenheit. Ich liebe das Leben dort drüben. Ich liebe die Vielfalt, auch die Meinungsvielfalt. Ich kenne den Osten der USA sehr gut. All das liebe ich, aber ich liebe nicht die momentane Regierung. Und den Unterschied kann und muss man machen. Die Regierung ist nur dem Namen nach »demokratisch«. Maskenterror und Impfdebakel scheinen insbesondere auf große Teile der demokratischen Partei zurückzugehen. Die Sprengung der Nord-Stream-Erdgasleitungungen hatte der derzeitige US-Präsident Joseph Biden am 7. Februar 2022 angekündigt. Da haben sie also ganze Arbeit geleistet. Auch umwelt- und klimatechnisch ein herzliches Dankeschön. Toll! Schön die Meere kaputtmachen. Ein Regent, der ein Verbrecher ist, was auch schon anhand des Zusammenwirkens mit seinem Sohn in der Ukraine deutlich wird. Daher: Nein, für mich ist diese US-Regierung keine ehrenwerte Regierung.

DW: Doch wird das amerikanische Volk uns dabei helfen, die amerikanische Regierung abzusetzen?

A.M.: Es gab sicher mal eine Phase, in der die Demokratische Partei besser war und mehr für den Menschen gedacht hat. Doch ich hoffe mal sehr, dass die Republikaner, die näher am gesunden Menschenverstand sind, bald übernehmen können.

DW: Würden Sie als deutsche Außenpolitikerin Schadenersatz für die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ostsee von der US-Besatzungsmacht verlangen?

A.M.: Ja, das würde ich auf alle Fälle. Derzeit habe ich nur meine Mutmaßung anhand der Aussage von Biden und einige weitere Belege und Einschätzungen. Man muss dieses Attentat natürlich »*scrutinizen*«, also gerichtsfest beweisen, wer es wirklich war. Man muss es eben hieb- und stichfest beweisen können.

DW: Aus journalistischer Sicht liegen die Beweise bereits vor. Was wäre denn aus Ihrer Sicht ein hieb- und stichfester Beweis?

A.M.: Es braucht eine Zeugenaussage aus dem Militärapparat sowie von Beobachtern von Küstenwache, Fischerei und Frachtschiffahrt etwa.

DW: Gesetzt den Fall, die Partei die Basis, der Sie angehören, würde eine Regierungsbeteiligung bekommen. Würden Sie mit Ihren Sprachkenntnissen sowie außenpolitischen Kenntnissen für das Amt der Außenministerin zur Verfügung stehen?

A.M.: Ja, es kann nur besser werden.

Würden Sie unter Umständen einem Mann den Vortritt lassen?

A.M.: Selbstverständlich. Aber nur dann, wenn er wirklich geeignet ist, ehrlich ist, Menschenkenntnis hat und es fachlich redlich machen würde. Ansonsten mache ich es lieber selber.

Die Fragen stellte Anselm Lenz. Von Alexandra Motschmann erschien zuletzt der Band »The Great FreeSet«, Verlag Tredition, Hamburg 2022.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

FRAUEN UND MÄNNER

Warum gendern Sie noch ? Glauben Sie, wir Frauen wären mit der Berufsbezeichnung »Arzt« nicht gemeint. Wir sind keine andere Spezies! Wenn Sie »Ärztinnen« schreiben, dann meinen Sie wirklich nur die Ärzte, die biologisch weibliche Menschen sind. (...) Ich sehe aber, dass Sie in Aufzählungen das Geschlecht wechseln und was Sie damit vorhaben. Gerade Herr Lenz benutzt ja Aufzählungen wie »Anwälte, Ärzte, Journalistinnen«. Das kann man so machen und mir ist auch klar, warum das so gemacht wird, aber man muss damit leben, dass die Leser stolpern. Immerhin haben Sie das transhumanistische Frevelsternchen abgelegt. Ich bin Abonnentin seit Ausgabe 36. – Dr. med. Dagmar Z., Wisconsin

WAS GESCHAH MIT AYA VELAZQUEZ?

Ich habe schon in der Anfangszeit Euer Interview auf YouTube mit ihr gesehen. Der Name konnte ja nicht stimmen, aber das mit dem Pseudonym hat sie ja später erklärt. Eigentlich fand ich, dass sie mit dem Artikel zur Rolle von China in dem ganzen Wahnsinn viel geschafft hat. (...) Sie ist verrückt geworden. Sie sagte ja, dass sie sich als Sex-Dienstleisterin betätigt, dass sie geschieden ist und Mutter ist. Ich bin wirklich tolerant und offen, habe selber jahrelang harte Phasen mitgemacht. (...) Seit einem Jahr dreht sie durch und sagt, dass alle nur Controlled Opposition [geschmierte Scheinopposition] oder Nazis sind. (...) Aya Velazquez sollte lieber wieder als Journalistin arbeiten und sich nicht durch Videos verkaufen. – Gili, Freiburg i. Br. (per E-Mail)

LICHT LEUCHTET IN DIE DUNKELHEIT

»Lux lucet in tenebris« ist die Losung der Waldenser. In Riesi auf Sizilien befindet sich der waldenserkirchliche Servizio Cristiano, zu dem einige ihrer Redaktionsmitglieder ein Verhältnis haben oder hatten. Ich sehe dessen Geist bei Ihnen gut aufgehoben. Die »Agape« fällt trotzdem nicht vom Himmel, man muss etwas dafür tun, gerade in Deutschland. Wir haben eine wechselhafte Geschichte, aber ich sehe es auch so, dass wir nicht ewig den Kopf in den Sand stecken können. Leider scheinen deutsche Politiker das auch so zu sehen. Das Großmachtstreben und Säbelrasseln der BRD-Politiker erfüllt mich mit Scham. (...) Ich erkenne in vielen westlichen Politikern ganz klar das Wirken des Teufels, auch wenn das nur ein überliefertes Gleichnis ist. – Gianfranco Iannone, Enna (Sizilien)

HINWEIS AN HENDRIK

Zu #DW105, »Die Anwälte und unser Geld«: Beim Corona-Ausschuss ist noch viel mehr im Busch, meine Meinung! Ich beobachte das von Anfang an. Im Grunde haben die Wodarg und Bhakdi ausgebeutet. (...) Habe verstanden, warum Viviane Fischer euch loswerden will. Jetzt ist alles raus (...), das ist nur der Anfang. Ich bin ausgestiegen, als die sich an die Parteispitze [Die Basis] geputscht haben. (...) Ich glaube nicht, dass es nur eine »YouTube-Show« war. Da ist noch bei mehr Anwälten was im Busch (...) – J. Seidel, NRW



»Die ›internationale Gemeinschaft‹ von der Sie immerzu hören.« Karikatur: anonyme Einsendung an DW

AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

TITELTHEMA | ZERSTÖRUNG VON NORDSTREAM | Welche Folgen für Wirtschaft und Soziales hat der Angriff auf die Versorgungsleitungen in der Ostsee? | Von Hermann Ploppa

Es ist ein Montag, es ist der 26. September 2022. Südlich der idyllischen dänischen Ostseeinsel Bornholm brodelt es, als hätte jemand drei riesige Brausetabletten ins Meer geworfen. Nur so viel ist zunächst klar: Der Sprudelstrudel stammt aus mittlerweile vier Leckstellen aus den vier Strängen der russisch-deutschen Erdgas*pipeline* Nordstream 1 und 2 (DW berichtete in #DW106 vom 30. September).

Nordstream 2 war bislang noch gar nicht eröffnet worden. Nordstream 1 lieferte seit 2011 zuverlässig Gas nach Deutschland. Nach der völkerrechtswidrigen Intervention russischer Streitkräfte in die Ukraine kam Nordstream 1 allerdings immer mehr ins Stocken. Dann sollte ein Kompressor technisch gewartet werden. Doch Einzelteile verfingen sich in kanadischen Sanktionen. Dann wurde die Leistung zu zwanzig Prozent wieder hochgefahren. Doch seit August diesen Jahres ruht nunmehr der Durchfluss auf Initiative der Betreibergesellschaft Nord Stream AG komplett. Und Nord Stream 2 wurde auf Betreiben von Bundeskanzler Scholz bereits zwei Tage vor der russischen Intervention in der Ukraine, am 22. Februar dieses Jahres nämlich, die endgültige Zertifizierung verweigert. Die Verweigerung der Zertifizierung wurde mit der zu erwartenden russischen Intervention begründet. Sehr hellsichtig...

Und während die Medien und auch die westlichen Geheimdienste noch immer mit Leidenschaft Blinde Kuh spielen und die Angelegenheit herunterspielen oder gar den Hauptgeschädigten, Russland nämlich, zum Zerstörer der *Pipelines* machen, brüsten sich die maßgeblichen Stellen in den USA, diesen ruchlosen Akt des Staatsterrorismus ausgeführt zu haben. Da versichert US-Präsident Joe Biden einer Reporterin bei einer Pressekonferenz, die USA würden Mittel und Wege finden, *Nordstream* zu zerstören, sollten »die Russen« auf die Idee kommen, die Ukraine zu überfallen. Und seine müden Greisenaugen blitzen noch einmal auf vor Genugtuung bei diesen Drohungen, während Bundeskanzler Scholz dabei steht und grinst wie eine gut gelaunte Schießbudenfigur.



Die Besatzer waren in der BRD seit 1949 wohl nie unbeliebter als in der Gegenwart. Foto: Georgi Belickin

TRANSATLANTISCHER RUSSENHASS

Und auch der amtierende US-Außenminister Antony Blinken macht aus seinem Herzen keine Mördergrube, wenn er erklärt: »Wir sind jetzt der führende Lieferant von Flüssiggas für Europa, um die Verluste von Gas und Öl auszugleichen. Es ist eine enorme Chance, Wladimir Putin das Druckmittel der Energie zur Durchsetzung seiner imperialen Pläne zu nehmen. Das ist sehr bedeutsam und bietet eine enorme strategische Chance für die kommenden Jahre.«

Richtig erkannt vom amerikanischen Außenminister. Denn auf diese Weise ist Deutschland jetzt gleich dreifach erpressbar. Zum Einen von den USA durch die Lieferung extrem giftigen *Fracking*-Gases, durch dessen Förderung gerade die Ökosphäre Nordamerikas den finalen Genickschuss erleidet. Zum anderen dadurch, dass die einzigen verbliebenen *Pipelines* mit russischem Gas durch Polen und die Ukraine führen. Beide Länder fallen durch einen beim besten Willen nicht anders als pathologisch zu bezeichnenden Russenhass auf.

Der Hass der amtierenden Regierungen in Polen und der Ukraine richtet sich aber nicht nur gegen Russland, sondern genauso auch gegen Deutschland. Die einschlägigen Äußerungen des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Andrej Melnyk, sind in dieser Hinsicht Zeugnis genug. Und während jetzt der Preis für Öl und Gas aufgrund der kriegerischen Ausschaltung der russischen Lieferanten in ungeahnte Höhen schießt, verarmen nicht nur deutsche Haushalte im Raketentempo. Auch die deutsche Wirtschaft ist nicht länger konkurrenzfähig. Die Lösung besteht darin, dass deutsche Premium-Marken ganz ungeniert in die USA abgeworben werden. Der deutschen mittelständischen Industrie stehen diese Optionen jedoch nicht offen. Sie werden, wenn sich nichts Grundlegendes an der jetzigen Konstellation ändert, kurz und kalt einfach abgewickelt.

MASSLOSE UMWELTSCHÄDEN

Und die sowieso schon malträtierte Umwelt? Wo bleiben jetzt Greenpeace, Nabu, BUND und das Vorzeige-Bambi, die Minderjährige Klima-Ikone Greta Thunberg? All diese Protagonisten des Umweltschutzes haben ihre Zentrale in den USA. Der BUND ist beispielsweise eine Filiale des Umwelt-*Trusts* »*Friends of the Earth*« (Deutsch: Freunde der Erde). All diese Organisationen führten große Kampagnen gegen die Unterwasser-*Pipelines* der *Nordstream*-Gruppe. Haben diese von Washington gesteuerten Umwelthüter nicht bemerkt, dass die Leckagen der *Nordstream*-Rohre eine gewaltige Umweltkatastrophe auslösen?

Doch das ist auch für die angeblich so um das Klima besorgten *Mainstream*-Medien überhaupt kein Thema. Es gibt offensichtlich politisch korrekte Umweltzerstörung und politisch unkorrekte Umweltzerstörung. Gäbe es die Aufsichtsbehörde Icos (Integrated Carbon Observation System, eingebundenes Kohlenstoff-Überwachungssystem) mit ihren 140 Messstationen in 14 Ländern nicht, könnten wir die wahre Dimension dieser Umweltkatastrophe buchstäblich nicht ermessen. Diese Katastrophe ist nämlich schlimmer als die Deep-Water-Horizon-Katastrophe im Golf von Mexiko im Jahre 2010. Das Icos sagt: »Das Leck entspricht schätzungsweise den Methanemissionen eines ganzen Jahres in einer Stadt von der Größe von Paris oder einem Land wie Dänemark.« Methan ist neben Lachgas einer der stärksten Klimakiller, etwa dreißigmal stärker als CO_2 (Kohlendioxid).

Wenden wir uns nun den genaueren Umständen der Sabotage von *Nordstream* zu. Alle Akteure sind sich einig, dass die Zerstörung der *Pipelines* nicht von terroristischen Kleingruppen ausgeführt wurde. Ein solches Verbrechen können nur staatliche Akteure ausführen. Sprich: Militär. Seit der Planung wurde bereits gegen Nord Stream von USA-Netzwerken agitiert. Richtig handgreiflich wurde diese Agitation aber erst unter US-Präsident Donald Trump, der aus seiner Abneigung gegen Deutschland nie ein Geheimnis gemacht hat.

Im Jahre 2019 peitschte Trump ein Gesetzespaket durch die beiden Häuser des Capitols in Washington. Am 20. Dezember 2019 unterschrieb Trump sodann das Sanktionsgesetz gegen Nord Stream 2. Finanzielle Transaktionen von Managern und Aktienhaltern von Nord Stream sind seitdem in den USA blockiert, und selbigen Managern und Aktienhaltern ist die Einreise in die USA verboten. Und im Gesetzestext sind die zugrundeliegenden kommerziellen Interessen der amerikanischen *Fracking*-Industrie ungeniert zum Ausdruck gekommen: »Die US-Regierung legt größten Wert auf den Export amerikanischer Energieträger und auf die Schaffung amerikanischer Jobs.«, heißt es dort wortwörtlich.

Ausgerechnet der Ökonom Jeffrey Sachs, der verantwortlich zeichnet für die marktradikale Verarmungspolitik in Polen und Russland während der berüchtigten Jelzin-Jahre der 1990er, sagt jetzt in einem Interview für das Portal Bloomberg ganz offen: »Die (Zerstörung der) *Nordstream Pipeline* war, denke ich, eine Aktion der USA, vielleicht auch USA und Polen.«

»ZUFÄLLIGES« US-MANÖVER

Welch ein Zufall, dass im Sommer dieses Jahres mit Baltops-22 das größte Nato-Manöver seit dem Kalten Krieg in der Ostsee, und besonders im Raum Bornholm stattgefunden hat! Im Juni 2022 übten Flottenteile aus vierzehn Nato-Staaten genau jene Fertigkeiten, die für die Zerstörung einer *Pipeline* geeignet sind: Unter anderem U-Boot-Bekämpfung, Minenräumung und »Kampfmittelbeseitigung«. Aber auch nach dem Manöver blieben US-amerikanische Kriegsschiffe unter Führung der *USS-Kearsarge* nebst Hubschraubern in der Ostsee. Die *Kearsarge* war dann mal ins Mittelmeer aufgebrochen, und war dann plötzlich wieder in der Ostsee.

Das ist Teil einer neuen Verwirrstrategie gegen die bösen Russen, wie westliche Militärs stolz verkündeten. Und so waren auch US-Kriegsschiffe im September im Raum Bornholm. Über FFAB-123-Radar-Verfolger ist auch für uns Zivilisten rekonstruierbar, dass sich im September immer wieder US-Hubschrauber der Sorte Sikorsky MH-60-R über den Nord-Stream-Röhren aufhielten. Dieser Hubschraubertyp ist ein Kampfhubschrauber, der sich im Irak-Krieg bestens »bewährt« hat.

Vom MH-60-R können Geschosse unterschiedlichster Bauart abgeschossen werden. Ein Video der deutschen Marine zeigt einen Hubschraubereinsatz, bei dem Torpedos von Hubschraubern abgeworfen werden. Sobald diese Torpedos ins Wasser einschlagen, steuern sie zielsicher das vorher einprogrammierte Ziel an. Die letzten Einsätze der MH-60-R fanden am 25. und 26. September statt. Am 27. September wurden die Leckstellen dann entdeckt. Torpedos haben auch die erforderliche Durchschlagskraft, um den dicken Betonmantel der Röhren am Meeresboden zu durchschlagen. Und damit dann auch die Erderschütterungen auf der Richterskala auszulösen.

Gibt es seitens des Westens irgendwelche professionell anmutenden Aktivitäten, den Fall möglichst rasch aufzuklären? Das Interesse an einer Aufklärung der Umstände dieses Staatsterrors hält sich in Grenzen. Der Bundesnachrichtendienst soll der Sache nachgehen. Doch handelt es sich beim BND bekanntlich um eine nach dem Krieg mit Nazi-Verbrechern vollgestopfte Filiale der CIA. Und dann soll das Minenjagdboot »Bad Rappenau« an den Leckstellen herumschnüffeln. Doch nicht-westliche Untersuchungsorgane dürfen den Tatort einstweilen nicht besuchen. Währenddessen kümmern sich die Behörden der Nato-Staaten Dänemark und Schweden um die Bewachung der Leckstellen.



MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

WIR SIND DIE 99 %

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten spielte das Thema Inflation im Mittelstand eher eine untergeordnete Rolle. Manches lief wie von selbst, keinen Grund um sich wirklich zu sorgen. Der bürokratische Aufwand war nervig, aber machbar.

Das wird sich jetzt ändern, deutlich und zum Teil dramatisch, wir stehen erst am Anfang. 62.000 mehr Arbeitslose als im Vormonat sprechen noch eine eher sanfte Sprache, doch steigt die Anzahl der Anfragen nach Kurzarbeit deutlich an.

Es kommt immer auf die Sichtweise an. Im Kriegsgebiet Ukraine kämpfen die genauso medial getäuschten und manipulierten Unternehmer und Menschen mit ganz anderen Problemen. Zerstörte Gebäude, zerstörte Lagerware, geflüchtete Mitarbeiter, fehlende Kunden und Investoren lassen die Wirtschaft ebenso langsam sterben wie bei uns. Projekte sind längst zum Erliegen gekommen, das Geld geht aus, das große Kapital ist längst per Privatjet *offshore* geflüchtet.

So kommt es dort zu dem Wunsch, die Coronazeit möge doch wiederkehren. Das muss man sich erstmal auf der Zunge zergehen lassen. Beide Länder haben eine tragende tragische Rolle.

In Deutschland treffen sich viele Unternehmer mittlerweile nicht nur in digitalen Chats, nein, sondern hin und wieder auch auf der Straße. Sie verstehen mehr und mehr die Zusammenhänge der zerstörerischen globalistischen Agenden aus Ost und West. Zumindest lässt sich das den Chats entnehmen.

Der Mut auf der Straße und in der Öffentlichkeit ist eher verhalten, der Gehorsam nach wie vor zu deutlich zu spüren. Leider, denn Frieden und Freiheit, gerade auch in der deutschen Wirtschaft, wird es zukünftig nachhaltig nur ohne Gehorsam und Unterwerfung geben, wird es nur mit bewussten, wachen Unternehmern geben. Der Weg ist lang, aber er hat begonnen.

Es ist müßig, auf die Unternehmerverbände zu hoffen, selbst ist der Unternehmer, denn wie es das Wort schon sagt, Unternehmer kommt von unternehmen, handeln, aktiv sein. Schlafen war gestern, dafür ist keine Zeit mehr.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Wumm, Wumm, Olaf

Die Gasumlage brachte der Bundesregierung schlechte Umfragewerte. Jetzt soll es ein staatliches Subventionspaket richten. 200 Milliarden Euro als Wundsalbe für extrem erhöhte Gasrechnungen.

Der Bundeskanzler war nicht persönlich anwesend. Eine Ansteckung mit dem Coronavirus zwang Scholz dazu, nur per Video-Schalte inmitten seiner Schlüsselminister Habeck und Lindner bei der Pressekonferenz anwesend zu sein. Scholz hat sich wohl von einem besonders pfiffigen Werbefachmann beraten lassen. Damit auch bildungsdefizitäre Bundesbürger verstehen, was er meint, kündigte Scholz ein neues Entlastungspaket als »Doppel-Wumms« an.

200 Milliarden Euro aus Steuermitteln sollen locker gemacht werden, damit die unter extrem gestiegenen Gasrechnungen kollabierenden Haushalte ebenso entlastet werden wie auch die deutsche Industrie. Die überproportional angestiegenen Rechnungen ergaben sich daraus, dass ab September die großen Gaslieferanten ihre gestiegenen Einkaufspreise an die Endverbraucher weiterreichen durften. Ab sofort gibt es dank des »Scholz-Doppel-Wumms« staatliche Zuschüsse für den Basisverbrauch der genannten Zielgruppen. Dieses Geld stammt allerdings ja auch wieder nur aus den Taschen der Steuerzahler selber – ist also aus der einen Tasche entnommen, um es in die andere Tasche wieder einzufüllen.

Zugleich ist auch dieser warme Geldregen ein großer Schritt in den schon lange angestrebten Staatsbankrott.

Dass diese Aktion heikel ist, weiß auch der Finanzminister. Erst vor kurzem wurde Lindner vom Bundesrechnungshof dafür gerügt, dass er neben dem offiziellen Bundeshaushalt noch vier weitere Parallelhaushalte betreibt, die de facto die tatsächliche Staatsverschuldung nur verschleiern. Und so ist auch der »Doppel-Wumms« eine Neuauflage des Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), mit dem in der harten *Lockdown*-Zeit Unternehmen mit Geldinfusionen am Leben gehalten wurden.

Der Doppel-Wumms soll zudem eine Übergangslösung sein, bis die Regierung in der Lage sein wird, die so genannten »Zufallsgewinne« gezielt abschöpfen zu können. Gemeint sind Gewinne, die weit über der volkswirtschaftlich vertretbaren Marge liegen. Doch jetzt sollen ganz schnell mit den 200 Milliarden Euro neben den geschröpften Privathaushalten und Unternehmen auch Liquiditäts- und Eigenkapitalhilfen geleistet werden. Aber auch Großlieferanten von Gas wie Uniper sollen noch einmal aus dem Steuertopf beschenkt werden. All das kann jetzt rasch erfolgen, denn um den WSF in Kraft zu setzen, muss man nicht einmal den Bundestag um Zustimmung bitten. Und das soll dann auch wirklich die letzte Ausnahme vom Reglement der Schuldenbremse sein – Ehrenwort!

Aber bevor der Doppel-Wumms greift, muss sowieso erst einmal eine Expertenkommission die Details mühsam erarbeiten. Und die Regierung der Europäischen Union beäugt die deutschen Maßnahmen bereits jetzt mit Misstrauen. Die Senkung der Gaspreise durch Wumms für den Endverbraucher durchkreuzt die Anreize, Gas einzusparen. Nach dem Wunsch aus Brüssel sollen alle Mitgliedsländer der EU noch in diesem Winter ihren Gasverbrauch um fünfzehn Prozent senken – für Deutschland werden sogar zwanzig Prozent Ersparnis eingefordert. Die Bundesregierung beschwichtigt: Wir haben bereits eine Maximaltemperatur für alle öffentlichen Gebäude in Deutschland von 19 Grad verordnet und verpflichten die Haushalte zu einer jährlich wiederholten Überprüfung der Heizanlagen.

Doch nicht nur die oberste EU-Behörde ist augenblicklich nicht gut zu sprechen auf die Bundesregierung in Berlin. Der Doppel-Wumms macht mit seinen 200 Milliarden Euro satte 8,3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes aus. Andere EU-Staaten wie Frankreich und Großbritannien subventionieren ihre Gas-Endverbraucher mit lediglich 2,9 Prozent des BIP. Die Staatshaushalte kleinerer EU-Staaten sind beileibe nicht so belastbar wie der deutsche Staatshaushalt. Es macht sich jetzt das soziale Gefälle in der EU unangenehm bemerkbar. Besonders im Euro-Raum haben sich die starken Wirtschaften von Frankreich und Deutschland auf Kosten von Italien, Griechenland und Spanien bereichert.

Und nun ist der Augenblick gekommen, in dem sich der EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton und sein Kollege, der EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni unverblümt öffentlich über Deutschland beschweren: »Die Reichen helfen ihren Firmen mit enormen Summen, während die Armen dies nicht tun können.« Die sei der »Beginn der Selbstzerfleischung«. Also ein neuer »Giga-Wumms-Wumms« für Europa? (Hermann Ploppa)



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

ENGLAND IM GENERALSTREIK

London/DW. Die Inflation grassiert lim gesamten »Westen«. Am Donnerstag wurde bekannt, dass der britische Gewerkschaftsbund erstmals in seiner 106-jährigen zu einem Generalstreik aufruft. Betroffen sind insbesondere Ämter, Post, Züge, Krankenhäuser und einige Konzerne. Gefordert werden Lohnerhöhungen oberhalb der Inflationsrate von über 10 Prozent, Arbeitszeitverkürzung und zusätzliche Neueinstellungen. Das britische Pfund hatte zuletzt einen rapiden Einbruch bei Wechselkurs und Inflationsrate erlebt. (ale)

IM WESTEN INFLATIONSRATE

Brüssel/DW. Die Inflation in der Währungszone des Euros ist im September auf 10 Prozent gestiegen. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen um fast 12 Prozent. Für Deutschland gab die Behörde Eurostat die Inflation mit 10,9 Prozent an. Die Energiepreise mit einem Anstieg von mehr als 40 Prozent hauptverantwortlich für den Anstieg der Lebenshaltungskosten. Faktoren: Ausfall der Erdgasversorgung aus Russland, Engpässe bei Rohstofflieferungen infolge des Corona-Lügenregimes. (ale)

HANDWERKSKAMMER DEMONSTRIERTE IN BERLIN

Berlin/DW. »Schluss mit den Sanktionen – Handwerker für den Frieden«: Die Handwerkskammer Dessau-Roßlau rief zum 1. Oktober 2022 zur Demonstration gegen Kriegsregime, Verarmungspolitik und Corona-Putsch in Berlin. Nach Angaben des Magazins Compact nahmen daran über 2.000 Handwerker und Industriearbeiter auf dem Alexanderplatz teil. Weitere Demonstrationsbewegungen schlossen sich an. Eine Demonstration mit dem Motto »Heizung, Brot und Frieden« wurde von Inlandsagenten in zivil angegriffen. »Das war ein Vorgehen wie von der SA, eine militärische Taktik, um das Volk zu spalten«, so ein Demonstrant, der den Vorgang DW schilderte (siehe auch Bildmeldung in er vorliegenden #DW107, Seite 4). (ale)

WAHLKAMPF IN HANNOVER

Hannover/DW. Vor der anstehenden Landtagswahl wurde ein Auftritt der amtierenden Außenministerin Annalena Bärbock am 2. Oktober mit einem gällenden Pfeifkonzert quittiert. Wirtschaftsminister Robert Habeck traf dies am darauffolgenden Tag am Niedersachsenstadion. Die bündnisgrünen Minister gelten derzeit als Protagonisten des verhassten Deindustrialisierungs-, Kriegs- und Corona-Regimes, das auch von CDU, FDP, SPD und Teilen der Partei Die Linke mitgetragen wird. Sonntag, 9. Oktober, sollen die Niedersachsen einen neuen Landtag wählen. Ministerpräsident Stephan Weil und der hoch umstrittene Innenminister Boris Pistorius (beide SPD) stehen damit zur Disposition. (ale)

Klaro, die Russen warn’s

Das Loch in der Ostsee hat Geschichte. Bericht und Kommentar von Rainer Rupp

Schon im Mai 2014 hatte die Ex-US-Außenministerin Condoleezza Rice die Blaupause für einen Öl- und Gaskrieg gegen Russland skizziert. Den haben die Herren in Washington seither ohne Rücksicht auf ihre europäischen »Verbündeten« kompromisslos durchgesetzt.

Spätestens seit den 1980er Jahren tobt ein Ränkespiel um die europäische Energieversorgung. Die europäischen Energieimporte aus der Sowjetunion und später aus Russland schufen zwar neue Abhängigkeiten aber zugleich auch Freiräume gegenüber den USA. Der Hauptgrund für die Hinwendung gen Russland war, dass ein guter Teil des Wohlstandes in Deutschland auf dem Import billiger russischer Energie aufgebaut wurde, denn es hat zur überlegenen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beigetragen. Dank der industriefeindlichen Politik der Grünen und der anschließenden katastrophalen Anti-Russland-Politik der Bundesregierung ist jetzt dieses goldene Zeitalter für Deutschland endgültig vorbei.



Lichtsäule über der Stadt Belgorod an der Westgrenze Russlands. »Ich bluffe nicht«, hatte der russische Präsident Wladimir Putin zuletzt zum Thema des möglichen Einsatzes von Atomwaffen gegen die Nato in einer ansonsten diplomatischen und nachvollziehbaren Rede erklärt. Die Rivalität zwischen Washington und Moskau hat eine lange Geschichte. In der ablaufenden Woche wurde bekannt, dass Moskau das U-Boot »Belgorod« aktiviert hat, das über einen nuklearschlagfähigen Torpedo verfügt, der nach dem Start bis zu 10.000 Kilometer unbemerkt sein Ziel ansteuern kann. Foto: Militär News. (ale)

INSZENIERTER MAIDAN-PUTSCH 2014

Der blutige, von den USA vorbereitete und bezahlte Maidan-Umsturz der demokratisch gewählten Regierung in der Ukraine 2014 war ein Meilenstein auf diesem Weg, der aktuell Deutschland und Europa unwiderruflich ins Verderben führt. Als Einzige sind es die US-Eliten und ihre Spießgesellen in den europäischen Führungsetagen, die davon profitieren. Dazu hatte der international bekannte Ökonom Michael Hudson, Professor an der University of Missouri, Kansas City, schon Anfang Februar dieses Jahres einen Grundsatzartikel geschrieben mit dem Titel: »Amerikas wahre Gegner sind seine europäischen und anderen Verbündeten«.

»Was amerikanische Diplomaten beunruhigt, ist, dass Deutschland und andere Nato-Staaten und Länder entlang der Route der so genannten Neuen Seidenstrasse die Vorteile erkennen, die durch die Öffnung friedlicher Handels- und Investitionsbeziehungen erzielt werden können. Wenn es keinen russischen oder chinesischen Plan gibt, Europa zu bombardieren oder zu erobern, wozu brauchen dann die Europäer dann noch die Nato? Und wenn es keine inhärent kontradiktorische Beziehung gibt, warum müssen fremde Länder ihre eigenen Handels- und Finanzinteressen opfern, indem sie sich ausschließlich auf US-Exporteure und Investoren verlassen?«, fragt Professor Hudson.

Allerdings hat das Imperium in Washington sichergestellt, eine solche Entwicklung in Europa zu verhindern. Vielmehr hatte schon im Mai 2014 Frau Condoleezza Rice, sie war unter George W. Bush von 2005 bis 2009 Außenministerin der Vereinigten Staaten, als Begleitmusik zum Maidan-Putsch in der Ukraine auf dem deutschen TV-Sender N-24 für einen »Gas- und Ölkrieg gegen Putin« geworben. Hier einige Auszüge aus dem Video: »Ich glaube die Europäer selbst sind Teil des Problems. (…) Was wir jetzt brauchen, sind härtere Sanktionen. Und ich befürchte, dass das auch Öl und Gas beinhalten sollte. Die russische Wirtschaft ist verletzbar. 80 Prozent der russischen Exporte sind Öl, Gas und Mineralien. Die Leute sagen, Europa würden die Energielieferungen fehlen. Aber Russland wird das Geld ausgehen, bevor Europa die Energie ausgeht.«

Die USA wollen teuer verkaufen: »Mir ist bewusst, dass dieser Weg die Geschäftsbeziehung erschwert. (…) Man könnte sich mehr auf Nordamerikas Energiereserven stützen, auf die enormen Öl- und Gasvorkommen, die wir in Nordamerika finden, auch *Pipelines*, die nicht durch Russland verlaufen. Wir versuchen seit Jahren Europa für andere *Pipeline*-Routen zu begeistern.« Im Grunde genommen hat hier Condoleezza Rice die Blaupause für die spätere Entwicklung in der Ukraine und in den europäisch-russischen Beziehungen dargelegt. Und wo die Europäer, vor allem die Deutschen, nicht mitziehen wollten, da waren die Amerikaner offensichtlich bereit, ihre EU-Vasallen zu ihrem »Glück« ins Fahrwasser der US-Führungsmacht zu zwingen.

Das wird zum Beispiel dadurch belegt, dass der US-geförderte und bezahlte Maidan-Gewaltputsch in Kiew ohne Abstimmung mit den Europäern stattfand. Die Gewalt der nationalistischen und faschistischen Umstürzler in Kiew erreichte ausgerechnet dann, am selben Tag, den Höhepunkt, als der deutsche und französische Außenminister und andere EU-Top-Politiker sich mit der ukrainischen und russischen Führung auf eine friedliche, diplomatische Lösung der Krise in der Ukraine geeinigt hatten.

Washingtons Wertschätzung für seine Vasallen in Europa wird durch nichts besser verdeutlicht als durch die Antwort von Frau Viktoria Nuland, die damals das dritthöchste Amt im US-Außenministerium innehatte. Auf die Frage des US-Botschafters in Kiew, ob bezüglich des von Frau Nuland ernannten neuen Ministerpräsidenten der Ukraine es eine Abstimmung mit den Europäern gegeben habe, antworte die arrogante Statthalterin des US-Imperiums mit dem seither weltbekannten Satz: »*Fuck the EU!*«

Eine echte Konfrontation mit den USA wäre für jede deutsche Regierung – egal in welcher Farbenzusammensetzung – erstens innenpolitischer Selbstmord und zweitens, auf Grund der mächtigen Gegenkräfte im eigenen Land gar nicht durchsetzbar. Diese Gegenkräfte sind vor allem in der Finanzwirtschaft, die mit Abstand stärkste und wichtigste Wirtschaftsbranche, konzentriert. Vertreter aus Medien, Gesellschaft und aus der Politik sind bis in die höchsten Spitzen aufs Engste verfilzt, siehe den CumEx-Skandal und den Gedächtnisverlust von Scholz. Die Finanzbranche weiß, wie sie ihre Interessen durchsetzt, auch wenn das gemeine Volk dabei zugrunde geht.

SABOTAGEAKT DER USA

Die Sprengung von North Stream 1 und 2 sieht ganz nach einem weiteren Sabotageakt der Amerikaner aus (siehe #DW106 sowie Seite 9 dieser Ausgabe #DW107). Damit stellen die USA die Bundesregierung erneut vor vollendete Tatsachen. Dadurch wurden weitere diplomatische Brücken nach Moskau eingerissen und Verhandlungsmotive für eine friedliche Lösung in der Ukraine zerstört. Denn damit wird die Diskussion in der Bevölkerung über eine Öffnung der *Pipelines* auf unabsehbare Zeit gestoppt.

Mit der Sprengung der beiden *Pipelines* haben interessierte Kreise einen schweren Terroranschlag gegen die zivile Infrastruktur unseres Landes verübt, der für den Wohlstand Deutschlands und das Überleben seiner Industrie auf Jahre hinaus verheerende Folgen haben wird. Allerdings sieht das die US-Regierung anders: US-Außenminister Antony Blinken bezeichnete vergangenen Freitag die Terroranschläge gegen die *Northstream Pipelines* als »*tremendous opportunity*« (eine riesengroße Chance oder eine außerordentlich günstige Gelegenheit). In einer Pressekonferenz mit seiner kanadischen Kollegin, Außenministerin Mélanie Joly, sagte Blinken, es gehe darum, »die europäischen Energieimporte nach Russland stark zu reduzieren«. Im selben Atemzug prahlte Blinken damit, dass die Vereinigten Staaten nun »der führende Lieferant von LNG [Flüssig-Erdgas] für Europa« geworden seien. Die Biden-Regierung werde dazu beitragen, die europäischen Staats- und Regierungschefs in die Lage zu versetzen, »die Nachfrage nach Gas zu senken« und »den Übergang zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen«.

Bezeichnenderweise hat Blinken in seiner kurzen Stellungnahme die Terroranschläge nicht weniger als dreimal als »*opportunity*« (günstige Gelegenheit) bezeichnet. Daraus kann man schlussfolgern: Wer Verbündete wie die USA hat, der braucht keine Feinde mehr. In der Zwischenzeit hat der russische Energieminister offiziell erklärt, dass die Pipelines zwar repariert werden können, aber dass das im besten Fall zwischen sechs Monaten und einem Jahr dauern wird. Die Deutschen können sich also jede Hoffnung auf einen Ausweg aus dem kalten Winter mit Hilfe von russischem Gas zumindest für dieses Jahr abschminken. Auf diese Weise wird der Druck der Bevölkerung auf die Bundesregierung, nach einer diplomatischen Lösung mit Russland zu suchen, zwangsläufig eliminiert, was ein weiteres Motiv für den Sabotageakt gewesen sein dürfte.

Als neue Höchstleistung des Zynismus wird derzeit in Deutschland und NATO-Ländern einstimmig das Narrativ verbreitet, dass der »Putin« die beiden russischen *Pipelines* in die Luft gejagt hat. Das zeigt einmal mehr, für wie verblödet die kranken Psycho-Krieger der US-Nato-Eliten uns alle halten. Nichts desto trotz wird dieser Irrsinn inzwischen fleißig in unseren „Qualitätsmedien“ verbreitet. Werden demnächst »Beweise« für die russische Täterschaft gefunden werden? Zum Beispiel ein von Wasser und ausströmenden Erdgasmassen unversehrter Pass eines russischen Geheimdienstagenten – direkt neben einem zerstörten *Pipeline*-Rohr? Klaro, die Russen warn’s.

Sowas hat ja schon mal hervorragend funktioniert: Auch am 11. September wurde in den noch rauchenden Trümmern der Türme des *World Trade Centers* der kaum beschädigte Reisepass des angeblichen Al-Kaida-Terroristen Satam-al-Suqami gefunden. Und wer diese Geschichte nicht geglaubt hat, wurde nicht selten als Verschwörungstheoretiker mit Berufsverbot bestraft. (Text aktualisiert am 4. Oktober 2022, redaktionell leicht gekürzt; DW/ale)

Erstveröffentlichung bei RT-D am 29. September 2022, aktualisiert von Rainer Rupp am 4. Oktober, für #DW107 redaktionell leicht gekürzt und bearbeitet. Wir danken dem Autor für die Erlaubnis zu dieser unabhängigen Übernahme und das Recht zur Veröffentlichung.



Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. Seit 2000 arbeitet er als Journalist und Publizist.

Wie die Bundes an Gleichschaltu

Kriegspropaganda in der BRD: Ein Leak aus den wie Regierungsmitglieder und Konzerne die Op

Von Florian Warweg (Redaktion Nach

Den NachDenkSeiten wurde exklusiv ein internes Dokument der Bundesregierung zugespielt. Wir konnten das Papier verifizieren und uns ist auch die Identität des *Whistleblowers* bekannt.

Das Dokument gibt einen erhellenden Einblick in das Ausmaß der horizontalen und vertikalen Strukturen der, man kann es nicht anders sagen, bundesdeutschen Staatspropaganda, insbesondere was die behördliche Einbindung von Medien (zum Beispiel Spiegel und Stern), westlichen Social-Media-Konzernen, Bildungseinrichtungen und den sogenannten »Faktencheckern« angeht. Selbst Grundschulkinder werden ins Visier genommen. Aus all dem ergibt sich der konzertierte Versuch einer Informations-Gleichschaltung durch die Bundesregierung.

Das Dokument trägt den Titel »Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR«, umfasst insgesamt 10 Seiten und listet minutiös mit Stand 27. Juni 2022 die entsprechenden Aktivitäten der Bundesministerien und untergeordneten Behörden auf. Und diese Aktivitäten haben es in ihrer Gesamtheit in sich. Die NachDenkSeiten werden sich in der Auswertung im ersten Teil auf die Ausführungen zur Rolle des BMI (Innenministeriums), des AA (Auswärtigen Amtes), des BPA (Bundespresseamtes) und der BKM (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) konzentrieren. Im zweiten Teil auf die Tätigkeiten des BMDV (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) sowie des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) und des BMVg (Bundesverteidigungsministerium).

SPD-INNENMINISTERIUM ZENTRALE SCHALTSTELLE DER PROPAGANDA

Den Anfang der Aufzählung macht das SPD-geführte Bundesinnenministerium (BMI) unter Nancy Faeser. So soll das BMI federführend und »ressortübergreifend« die »Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen« koordinieren. Geleitet wird dies von der »UAG RUS/UKR« (UAG steht im ministeriellen Sprech für Unterarbeitsgruppen). In diesem Zusammenhang soll unter anderem alle zwei Wochen ein Lagebericht »Hybride Bedrohungen« mit Schwerpunkt Russland-Ukraine verfasst werden. Besonders ins Auge fällt aber der im Dokument aufgeführte sogenannte »10-Punkte-Resilienz-Plan«.

Der erste Punkt in diesem »Plan« ist die konzertierte »Verlinkung zu Faktencheckern auf den Webseiten der Bundesregierung«. Private und hauptsächlich vom US-Milliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar finanzierte »Faktenchecker« wie Correctiv oder beitragsfinanzierte wie der *ARD*-Faktenfinder sollen massiv durch die »Webseiten der Bundesregierung« beworben werden. So viel zur postulierten »Staatsferne« und »Unabhängigkeit« der Faktenchecker.

Des Weiteren sollen Broschüren zu »Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine« produziert und an Bundesministerien, Bundestagsabgeordnete, Länder und Kommunen verschickt werden. Ergänzt wird die Aufzählung mit dem Verweis: »Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft.«

Besonders aufschlussreich ist auch der fünfte Punkt im »Resilienz-Plan«, dieser widmet sich der Zusammenarbeit mit der Presse. Erwähnt wird beispielsweise ein »Spiegel-Hintergrundgespräch« am 31. März und die Vorbereitung von Namensartikeln und Interviews mit Innenministerin Fäser, explizit wird in diesem Zusammenhang auf Stern und Tagesspiegel verwiesen. Ebenso wird erwähnt, dass es gelungen sei, den Begriff »Task Force gegen Desinformation« in der Berichterstattung zu etablieren. Unter (russischer) »Desinformation« wird im Dokument pauschal alles verstanden, was einer Wiedergabe der offiziellen russischen Position entspricht. Und dies ausschließlich in Bezug auf die russische Seite. Weder offizielle ukrainische oder US-amerikanische Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine werden von der Bundesregierung in gleicher Weise per se als »Desinformation« bewertet.

GEPLANTE BEEINFLUSSUNG VON ANGEORDNETEN

Ein weiterer aufgeführter Aspekt des Plans ist der »Outreach in den parlamentarischen Raum«, also die Einflussnahme auf Abgeordnete in Bundestag und Landesparlamenten. Kein unproblematisches Vorhaben, eingedenk einer eigentlich existierenden Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

Ebenso wird als zentraler Punkt im »Resilienz-Plan« die »anlassbezogene« Intensivierung der Kontakte und Gespräche mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke genannt, »um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren«. Explizit ist in dem Dokument von *Twitter*, *Meta*, *Google* und *Telegram* die Rede. Geführt werden sollen die Gespräche auf »Staatssekretär-Ebene«. Nicht minder problematisch erscheint der Plan, Einfluss auf die »Curricula in den Schulen sowie unter Einbindung der Volkshochschulen und ehrenamtlicher Strukturen« zu nehmen. Abschließend wird darauf verwiesen, dass die Arbeit an der Umsetzung des »Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie« begonnen habe.

AKTEURE STAATLICHER PROPAGANDA

Neben dem Innenministerium tritt das Auswärtige Amt (AA) in dem Dokument als Protagonist im postulierten »Kampf gegen (russische) Desinformation« auf. Dabei fällt auf, dass bei dem gesamten Maßnahmenkatalog des AA ausschließlich von »russischer Desinformation« die Rede ist und nachdrücklich der Eindruck erweckt wird, es kämen »Desinformation« und

	o Bilateraler Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und Lin dem Ziel, die jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation im Kontext des Krieges in der Ukraine zu sprechen. Das
BKM	• BKM hat ad hoc 1 Mio. Euro als Soforthilfe für geflüchtete Medienschaffende o Ziel: Arbeitsfähigkeit von geflüchteten und in DEU schutzsuchenden Me eine kritische und unabhängige Berichterstattung weiter stattfinden kann o Unterstützung neuer Projekte zum Aufbau eines Exil-Media-Fonds und programme für Medienschaffende. • BKM und AA arbeiten derzeit zudem eng an einem gemeinsamen Schutz- u Verteidiger der Meinungsfreiheit. • BKM hat den Themenkomplex „Desinformationen" insb. mit Blick auf das Vo letzten EU-Medienministerrat adressiert und den Themenkomplex auch im angesprochen. Vor dem Hintergrund der Sperrung der DW in RUS ist BKM den RUS Medienminister herangetreten. • Mit zusätzlich 4 Mio. Euro aus dem Ergänzungshaushalt soll die Programma werden. Die DW soll in die Lage versetzt werden, trotz der RUS Repression zu ermöglichen. Die DW plant die Mittel für den Aufbau einer russischen Ex digitalen Video-Nachrichtenstreams auf Russisch und zur Stärkung russisch Für die UKR plant die DW den Ausbau des Ukrainisch-Angebotes, dabei die Ukrainisch und wenn nötig, den Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Kr • Auch im Rahmen der Verhandlungen zu aktuellen EU-Legislativvorhaben w European Media Freedom Act ist ein Fokus von BKM der Themenkomplex • Weitere Projekte von BKM, die durch Stärkung von unabhängigem Journali gegen Desinformation fördern, umfassen u.a.: o Förderprogramm zum Schutz und zur strukturellen Förderung journalis breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultu o In Planung: neues Förderprogramm mit Schwerpunkt Nachrichtenkomp kompetenz der Gesamtbevölkerung u.a. zur Bekämpfung von Desinfor

Geplante Propaganda von Konzernoligarchen und Regierungsmitgliedern: Eines der verifizierten Bildschirmfotos aus dem Bundesinnenministerium. Foto: NachDenkSeiten.

Narrativpflege weltweit nur aus einem einzigen Land. So heißt es in dem Dokument zu »Maßnahmen im Rahmen des Kommunikationskonzeptes RUS/UKR« des AA:

»Beobachtung und Analyse aktueller russischer Narrative und Desinformation: Erstellung eines ›*living documents*‹, das ›klassische und aktuelle russische Narrative zum Ukraine-Krieg dekonstruiert/entkräftet‹, Förderung von Projekten zum Ausbau der Resilienz gegenüber (v. a. russischer) Desinformation (...).«

Laut dem vorliegenden Dokument vernetzt sich das AA in Fragen der Desinformation vor allem (»intensiv und bilateral«) mit Vertretern der USA. Explizit genannt werden in diesem Zusammenhang das *International Partnership to Counter State-Sponsored Disinformation (IPCSD)* sowie die *Counter Foreign Interference Group (CFI)* [zu Deutsch etwa: Nationenübergreifende Partnerschaft gegen staatlich gesponsorte Desinformation sowie Ausländische-Einmischungs-Abwehrgruppe; DW/red.].

Aufschlussreich ist auch der letzte in dem Dokument aufgeführte Punkt hinsichtlich der Aktivitäten des AA. Dort ist von »(...) Förderung der von *Deutsche Welle* und DW Akademie [gemeint ist hier ein Projekt des BRD-Auslandsfunks der Bundesregierung *Deutsche Welle*; DW/red.] eingebrachten Projektvorschläge zum Ausbau der Berichterstattung für UKR/RUS sowie Stärkung der Medienkompetenz (...)« die Rede. Wir halten fest, das Auswärtige Amt, ein Bundesministerium unter Führung der Grünen-Spitzenpolitikerin Annalena Bärbock, plant die Förderung von Projekten des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle. Wie sich das mit dem Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) verträgt, welches zur Ermöglichung »einer unabhängigen Meinungsbildung« verpflichtet, wäre nur eine von mehreren Fragen angesichts dieser im Dokument aufgedeckten Planungen des AA.

Das Bundespresseamt (BPA) leitet zusammen mit dem AA die sogenannte »EG Desinformation« (auf telefonische Nachfrage der NDS am 27. September, wofür in diesem Zusammenhang EG steht, konnte die verantwortliche Chefin vom Dienst beim BPA keine Auskunft geben). Das BPA ist laut dem Dokument verantwortlich für die »regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und den Umgang mit Desinformation«. Darüber hinaus bietet es ein »ressortübergreifendes Schulungsangebot« zu Desinformation an. Pikant hierbei: Die Schulungen

sregierung
ung arbeitet

n Innenministerium beweist,
pposition beseitigen wollen.

DenkSeiten.de)

nkedIn und den stellv. Regierungssprechern mit
Desinformation zu diskutieren und insb. über
Format soll regelmäßig fortgesetzt werden

aus UKR, RUS und BLR zur Verfügung gestellt:
dienschaffenden rasch wiederherstellen, damit

Aufstockung bereits laufender Stipendien-

nd Förderprogramm für Medienschaffende und

orgehen gegen RUS Propagandamedien beim
Rahmen des G7-Medienministertreffens
unmittelbar vor Kriegsbeginn mit einem Brief an

arbeit der DW für Russisch und Ukrainisch gestärkt
en, eine möglichst weitgehende Berichterstattung
ilredaktion in Riga, LVA, Erweiterung des täglichen
sprachiger Social-Media-Kanäle zu verwenden
Ausweitung der Social-Media-Angebote auf
akau, POL
ie etwa dem DSA oder dem angekündigten
Desinformationen".
smus und Medienkompetenz auch Aktivitäten

tischer Arbeit: https://www.bundesregierung.de/
r-und-medien/medien/journalismus
petenzförderung (Stärkung der Nachrichten-
mation)

de

macht nicht das BPA selbst, sondern private Drittanbieter wie das »*Institute for Strategic Dialogue*« (ISD) und der »*Business Council for Democracy*« der Hertie-Stiftung.

Das ISD, mit explizit transatlantischer Ausrichtung und Hauptsitz in London, hat im Vorstand so illustre Personen sitzen wie Karl-Theodor zu Guttenberg, den Unternehmensberater Roland Berger und den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Matthias Döpfner. »Ressortübergreifende Schulungen« zu Desinformation für Mitarbeiter der Bundesministerien werden also von einer transatlantischen Lobbyorganisation, in deren »Board« aufgeflogene Plagiatoren und der Chef der – apropos Desinformation – regelmäßig *Fakenews* verbreitenden Springer-Presse sitzen, sowie der privaten Stiftung eines Kaufhaus-Magnaten durchgeführt. Viel besser kann sich der *Outsourcing*-Ansatz (etwa: Privatisierung zu geringen Löhnen; DW/red:) in Bundesbehörden wohl nicht ad absurdum führen.

Abschließend wird in dem Dokument aufgeführt, dass die Vize-Regierungssprecher regelmäßig im »bilateralen Austausch mit *Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok* und *LinkedIn*« stehen, um die »jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation, insbesondere im Kontext des Krieges in der Ukraine« zu besprechen.

»BILATERALER AUSTAUSCH« MIT INTERNETKONZERNEN

Das heißt, laut dem Dokument haben sowohl das Innen- und Außenministerium als auch das Bundespresseamt jeweils regelmäßige bilaterale Treffen (auf Staatssekretär-Level) mit den großen Plattformbetreibern zu »russischer Desinformation« im Kontext des Ukrainekrieges. Den dadurch aufgebauten Konformitäts- und Zensurdruck kann man wohl als signifikant bewerten.

Ein weiterer bedeutender Akteur ist die direkt dem Kanzler unterstellte »Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien« (BKM), Claudia Roth. Sie verfügt über ein Budget von über zwei Milliarden Euro, 400 Mitarbeiter und trägt die Verantwortung für die Medienpolitik der Bundesrepublik (und finanziert in diesem Rahmen unter anderem den deutschen Auslandssender *Deutsche Welle*).

In dem den NachDenkSeiten vorliegenden internen Dokument ist unter anderem vom »Aufbau einer russischen Exilredaktion in Riga« sowie »wenn nötig, Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Krakau, Polen« die Rede. Beim »EU-Medienministerrat« scheint das BKM dem Papier zufolge eine zentrale und proaktive Rolle beim »Vorgehen gegen russische Propagandamedien« zu spielen. Ebenso vertritt das BKM eine Vorreiterrolle bei den Verhandlungen zum orwellsch klingenden »European Media Freedom Act« [zu Deutsch: Europäisches Medienfreiheitsgesetz; DW/red.] und versucht dort, den Fokus auf »Desinformation« zu legen.

CLAUDIA ROTH WILL »KINDERREPORTER«

Das BKM plant zudem laut dem Dokument ein neues Förderprogramm »mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung der Gesamtbevölkerung zur Bekämpfung von Desinformation.« Ein weiteres Projekt, welches Fragen aufwirft, ist der nicht weiter konkretisierte Einsatz von Kinderreportern ab 6 Jahren gegen »Desinformation«. Im Dokument heißt es dazu unter anderem: »Kinderreporter – Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz gegenüber Desinformation 6-14-Jähriger durch aktive Medienarbeit.« Abschließend wird auf das Projekt »Künstliche Intelligenz gegen Desinformation« (KID) der *Deutschen Welle* verwiesen. Dabei sollen »KI-Module der ›Digitalen Forensik‹ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen und konzertierter Desinformationskampagnen« eingesetzt werden. Brave new world…

Der Whistleblower hat uns gegenüber auch dargelegt, was ihn zu diesem *Leak* [Veröffentlichung des Geheimpapiers, wörtlich »Leck«; DW/red.] motiviert hat. Gegenüber den NachDenkSeiten erklärte er, dass er, als dieses Dokument auf seinem Arbeitsrechner eintraf, zutiefst erschrak. Für ihn sei dies »der konzertierte Versuch einer Narrativ-Gleichschaltung«. Weiter führte er aus:

»In meinen Augen ist es ein Blick in den Abgrund der gebündelten Aktivitäten einer horizontalen (ressort-übergreifenden) und vertikalen Integration moderner Staatspropaganda. Von den Ministerien und ihren Partnerschaften mit transatlantischen Denkfabriken wie dem ISD bis hinab in die Presse, ›Faktenchecker‹, Social Media, ›Multiplikatoren‹, ›kritische Zivilgesellschaft‹ und so weiter. Selbst vor der Einbindung von Schulen und Kindern im Grundschulalter machen Sie nicht halt.«

Des Weiteren führte er gegenüber den NachDenkSeiten aus, dass dieses Dokument nur »die Spitze des Eisberges« sei und die aufgeführten Projekte nicht vollständig seien. Alles was in diesem Dokument aufgelistet ist, wäre für die Bundesregierung ein noch verschmerzbares *Leak*, da es nur die im Zweifel kommunizierbaren Maßnahmen umfasse. Die deutsche Öffentlichkeit hätte keine Vorstellung davon, was sonst noch im Hintergrund dazu ablaufe.

Abschließend noch etwas zum mutmaßlichen Verfasser dieses internen Dokumentes. Laut den Meta-Daten des Original-Word-Dokuments wurde diese Auflistung der Bundesregierung von einer Person erstellt, deren Namen wir aus Rücksicht auf ihr Privatleben nicht nennen wollen, deren Vita aber interessante Einblicke vermittelt, wer solche »ressortübergreifenden« Papiere zu dieser Thematik aufsetzt. Man findet über die Person fast nichts online, aber das Wenige, was man findet, spricht für sich. Bei *LinkedIn* findet man einen Beitrag, in welchem dem Verfasser des Dokuments »Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR«, von der BwConsulting (BwConsulting ist das Inhouse-Beratungsunternehmen des Bundesministeriums der Verteidigung) für die Zusammenarbeit gedankt wird, zudem ist die Person Autor eines Fachbuchs über das Management von Militäroperationen der Nato und EU.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf NachDenkSeiten.de am 29. September 2022 mit weiteren Bildschirmfotos des grundgesetzwidrigen BRD-Propaganda- und Zensurplans. Dies verbunden mit dem Hinweis: »Kurze Anmerkung zur relativ schlechten Qualität der Screenshots. Der Whistleblower hat uns gebeten, um jede mögliche Rückverfolgung auszuschließen, nur Fotos von dem Dokument zu machen und diese dann als Screenshots bei den NachDenkSeiten zu veröffentlichen. Dieser Bitte sind wir selbstverständlich nachgekommen.«

In einem zweiten Teil auf NachDenkSeiten.de wird dokumentiert, wie das Bundesministerium für Digitales und Verkehr systematisch plant, regierungsunabhängige Medien zu zensieren. Die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*, die ansonsten fast ausschließlich mit Originalbeiträgen arbeitet, übernimmt diesen Artikel der NachDenkSeiten im Sinne des allgemeinen Aufklärungsinteresses an den demokratiezerstörenden Machenschaften von Regierungsmitgliedern, Konzernen und sogenanntem »Tiefen Staat« (illegitime Machtstruktur unter- und oberhalb transparenter Demokratie. Wir danken NachDenkSeiten.de und haben minimale Anpassungen an unsere DW-Standards bei Schreibweisen vorgenommen. (ale)


Polizei Berlin
Internes Risikomanagement
Zentrales Beschwerdemanagement
per E-Mail: PPr-IR-4@polizei.berlin.de

Gordon Pa
Hansaring
5067
Telefon: 0221 270
Telefax: 0221 270
Aktenzeichen: 331

Köln, den 05.1

Aktenzeichen: PPr IR 42 (V)-01941/1088/22

Sehr geehrter Herr Rodemann,

ich vertrete die Journalistin Sophia-Maria Antonulas, meine Vollmacht wird anv
versichert. Meine Mandantin ist für zahlreiche Medien tätig, u.a. für die Epoch
Magazin Vierte, Demokratischer Widerstand.

Ausschnitt aus dem anwaltlichen Schreiben an die Berliner Polizei.

ANWALT PANKALLA SCHÜTZT ARTIKEL 5 GG

Die Berliner Polizeiführung gerät immer mehr unter Druck. Die Behörde, die unter der schwerster Verbrechen verdächtigten Polizeipräsidentin Barbara Slowik ab März 2020 grundgesetz- und menschenrechtswidrig gegen Demokraten, Anwälte und Ärzte vorging, versuchte zuletzt, eine Presseanfrage der Journalistin und DW-Mitherausgeberin Sophia-Maria Antonulas abzulehnen (DW berichtete zuletzt in #DW103, »Die ›Hochbegabten‹ aus der Amtsstube«, Seite 13). Ein Beamter verweigerte rechtswidrig die Auskunftspflicht, stellte zuletzt die Gültigkeit des Presseausweises in Frage. Der Kölner Rechtsanwalt Gordon Pankalla geht nun in die Offensive, DW dokumentiert.

»Köln, den 05.10.2022, Aktenzeichen: PPr IR 42 (V)-01941/1088/22. Sehr geehrter Herr Rodemann, ich vertrete die Journalistin Sophia-Maria Antonulas (…) Dern-Zugang zum Journalismus ist in der Bundesrepublik nicht reguliert. Presseausweise werden von Berufsverbänden, nicht dem Staat, ausgestellt und gewähren bestimmte Privilegien, um die unabhängige Arbeit von Journalisten und Reportern zu gewährleisten. Die heutige freie Presse ist somit der Gegenentwurf zu den gleichgeschalteten Medien der NS-Zeit. In der täglichen journalistischen Praxis ist der Presseausweis weniger wichtig als oft angenommen.

(…) Nach den deutschen Landespressegesetzen, die sich im Wesentlichen stark ähneln, sind Behörden und öffentliche Institutionen verpflichtet, Pressevertretern Auskunft zu erteilen (…), Presseausweise werden daher von zahlreichen Organisationen und Redaktionen ausgestellt (…). Das lässt sich mit den Erfahrungen in der Nazi-Zeit erklären. Ab 1933 mussten Journalistinnen und Journalisten einer so genannten ›Pressekammer‹ beitreten. Zweifel an der journalistischen Arbeit meiner Mandantin sind daher nur dannberechtigt, sofern schwerwiegende Gründe entgegenstehen würden – was nicht der Fall ist. Mir sind inzwischen zahlreiche weitere Fälle aus Berlin bekannt, bei denen die Polizei im Sinne einer ›Gesinnungspolizei‹ gegen freundliche Demonstranten und Reporter vorgegangen ist – insbesondere falsche Verdächtigungen ausgesprochen hat, beispielsweise auch hinsichtlich angeblicher ›falscher Atteste‹. Es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse daran, diese Vorgehensweise aufzudecken.

Eine Gesinnungsprüfung und ein Verstoß gegen Art. 5 GG [grundgesetzliche Pressefreiheit, Zensurverbot] ist mehr als offensichtlich – insbesondere da es um das Thema Polizei selbst geht, begründet dies einen wohl kaum widerlegbaren Verdacht, dass die Zusammenarbeit mit meiner Mandantin nur deshalb abgelehnt wurde. Die Einordnung meiner Mandantin, als keine Journalistin, beruht daher ganz klar vor dem Hintergrund negative Berichterstattung zu verhindern. (…) Es steht Ihnen keinesfalls zu, die Berichterstattung meiner Mandant als ›die Wahrheit‹ oder nicht zu bezeichnen und daher eine willkürliche Einstufung als zugelassene oder nicht zugelassene Journalistin vorzunehmen, dies erinnert an dunkle Zeiten unser Geschichte.

Jedenfalls liegen keinerlei schwerwiegende Gründe vor, um die Zusammenarbeit mit meiner Mandantin zu verweigern. (…) Ferner fordern wir, dass eine sofortige Auskunft auf die weiteren Anfragen meiner Mandantin erfolgen wird. Eine entsprechende Verpflichtungsklage behalten wir uns ausdrücklich vor.
Mit freundlichen Grüßen, Pankalla, Rechtsanwalt«

VERRAT AN DER NATION

BEGRIFFSKLÄRUNG ***von Uli Gellermann***

Der Begriff der Nation ist von den Nazis unerträglich missbraucht worden. So sehr, dass er in Deutschland nur selten in positiven Zusammenhängen genutzt wird. Immerhin leistet sich das Wikipedia-Kinderlexikon eine einfache und neutrale Definition.

»Eine Nation ist eine große Gruppe von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnt. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame kann die Sprache sein, die Geschichte, Traditionen, die Wirtschaft, die Kultur, die Religion, die Herkunft der Menschen und manches andere«. Diese »große Gruppe von Menschen« leidet zur Zeit gemeinsam unter den Sanktionen, die eigentlich den Russen schaden sollten: Kleine Unternehmer gehen Pleite, Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Job, Mieter können sich ihre Nebenkosten nicht mehr leisten, Autofahrer müssen wegen der hohen Spritpreise ihre Autos stehen lassen. Das Gemeinsame all dieser Deutschen ist auch eine Regierung, die gegen das Wohl des Landes handelt.

Währenden die Zahl der deutschen Obdachlosen wächst, hat die Bundesregierung Waffen und andere Rüstungsgüte r im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Darunter auch die Panzerhaubitze 2000. Was wird sein, wenn die russische Armee diese Waffe nicht mehr nur im Kampf in der Ukraine zerstört? Wenn man lieber gleich die Firma Rheinmetall, den Produzenten und Lieferanten dieser Waffe außer Gefecht setzte? Denn Deutschland und seine Rüstungsfirmen sind längst zu Kombattanten im ukrainischen Nato-Krieg geworden.


Foto: privat

Die russische Hyperschallrakete Avangard bewältigt die Entfernung von 2.000 Kilometern (Moskau - Düsseldorf) mühelos. Sollen die Rheinmetall-Arbeiter für die Nato sterben? Denn anders als in den üblichen Medien behauptet, hatte der Krieg schon lange zuvor begonnen: Mit der Einkreisung Russlands durch Nato-Stützpunkte. Mit der einseitigen Kündigung des wichtigen IMF-Abrüstungsabkommen durch die USA. Durch den Aufbau von US-Biowaffenlaboren in der Ukraine. Durch die Drohung der Ukraine, ihren Atomwaffenverzicht rückgängig zu machen. Was die Welt zur Zeit in der Ukraine erlebt, ist die Antwort Russlands auf diese Schritte einer andauernden Nato-Aggression.

IN EINEM ATOM-KRIEG VERGLÜHEN?

Soll die deutsche Nation in einem denkbaren Atom-Krieg verglühen? Denn der konventionelle Krieg in der Ukraine kann sich atomar steigern. Immer noch sind auf deutschem Boden US-Atomwaffen stationiert. Diese ständige atomare Bedrohung Russlands -– die Waffen lagern im Fliegerhorst Büchel in Rheinland Pfalz – macht Deutschland zum strategischen Ziel in einem Krieg zwischen den USA und Russland. Doch statt der Gefahr einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland zu begegnen, heizt die Regierung Scholz-Habeck-Bärbock die Gefahr durch Waffenlieferungen und Großsprecherei weiter an.

Das letzte Mal, dass der Begriff der deutschen Nation in einem historisch progressiven Zusammenhang benutzt wurde, war bei der Gründung des »Nationalkomitee Freies Deutschland«. Das Komitee wurde 1943 in Krasnogorsk von deutschen Antifaschisten gegründet. Die Gründer – »Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluss nicht für möglich gehalten hätten« – wollten Hitlers Krieg damals unbedingt beenden. Heute stehen wir vor einem neuen Krieg gegen Russland.

Es sind die USA, die den Ukraine-Krieg wollen und sie wollen auch, dass sich die Deutschen an ihm beteiligen; dass Deutschland in einem Krieg gegen Russland erneut besiegt würde. Wer das Land auch nur in die Nähe eines Krieges mit Russland führt, der dient einer fremden Macht; der begeht Verrat an den deutschen Interessen. Es ist an der Zeit für ein neues »Nationalkomitee«. Damit ein eisiger Winter und ein heißer Krieg verhindert werden.

Dieser Artikel erschien zuerst auf *Rationalgalerie.de*, red. für DW bearb.

ZUM LEIDWESEN DER KIRCHE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dr. Gert Zenker

Immer wieder lesen wir in den Briefen des Neuen Testaments von der Gemeinde Christi in Not und Bedrängnis. Der Zweite Thessalonicherbrief, Kapitel 1, preist das standhafte Ausharren in Verfolgungen, spricht von Bedrängnissen, die zu ertragen sind, vom Leiden der Gemeinde als Zeichen des Gerichts. Und hier wird nicht das alte Lied gesungen, dass die Gottlosen alt, groß und stark werden (Hiob 21,7) und die Gerechten leiden müssen. Nein, am Ende werden die Bedränger Bedrängnis erfahren und die Bedrängten Erlösung (2. Thess. 1, 6–7). Darauf wollen wir, die wir Gott die Treue halten, unsere Hoffnung setzen.

Aber wo ist denn die leidgeprüfte Kirche heute und hier in Deutschland? Wo leidet die Kirche, wo ist sie in Bedrängnis? Wir dümpeln doch eher lau vor uns hin. Dass uns im Wohlleben und Jasagen das Salz kraftlos geworden ist, merkt man an allen Ecken und Enden. Es ist wie in früheren Zeiten der Unterdrückung: wer mitläuft hat wenig auszustehen. Oder er merkt es erst lange hinterher, welcher Schaden ihm entstanden ist an Leib und Seele. Es gibt zwei Arten von Bedrängnissen: den offenen Druck von außen, die Zwangsmaßnahmen einer irdischen Macht, und – Irrlehren, zeitgeistige Ideologien, die sich in Kopf und Herz eines Christenmenschen oder der ganzen Kirche einschleichen und dort von innen her wie ein Tumor wirken.

Eine Kirche, die nicht leidet an der Welt, ist suspekt, da stimmt etwas nicht. Ich denke, wir sind einem großen Irrtum aufgesessen, als sei der Weg zum Himmelreich ein Spaziergang, wo wir auf dem breiten Wege dahinschlendern, es uns wohl sein lassen, hie und da in den Kneipen des Zeitgeistes einkehren, gut Freund sind mit jedermann, uns in geistiger Bewusstseinstrübung das Wort Gottes ausreden lassen. Dann stehen wir feuchtfröhlich, zeitgeisttrunken vor dem Himmelstore, niemand hat uns angefeindet. Und plötzlich vom Himmel her eine Stimme, die uns verwundert aufschauen lässt: Sucht Ihr mich? Habt Ihr für mich gelitten, spricht Christus, Euer Leben als Opfer dargebracht?

POP POP



Unzählige Tickets gehen diesjährig wieder zurück über die Verkaufstheke. Foto: instragram_thereallukemockridge

FILMPREMIERE DES »CAPTAINS«

Am Montag, den 3. Oktober 2022, feierte der provokant-lustige, abendfüllende Dokumentarfilm »Freedom Parade – Tanz um dein Leben!« im Internet Weltpremiere.

Zuvor hatte am 1. Oktober in Berlin eine »geheime« Aufführung vor 200 geladenen Gästen in Anwesenheit der Filmemacher stattgefunden (siehe diese Ausgabe #DW107, Seite 7). Der professionell produzierte Film über die »Punks des Corona-Widerstands« unter Regie von Michael Bründel alias Captain Future entstand ohne jede kommerzielle Filmförderung unter Mithilfe zahlreicher deutscher und internationaler Unterstützer. Er hat eine Laufzeit von 119 Minuten und ist sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch kostenlos online verfügbar.



Captain Future und die Freedom Parade, die »renitenten Feierbiester« aus Berlin (Zitat *Spiegel TV*), gaben in der »Plandemie« mit ihren Videos und Aktionen seit April 2020 vielen Menschen Mut. Durch Tanz, Musik und lustige Provokationen verbreiteten sie auch an schweren Tagen gute Laune. Egal wie oft sie auch von der Polizei abgeführt wurden – sie blieben frech, fröhlich und immer friedlich, während sie nebenbei auch einige Menschen vor den Spritzen bewahrten.

Tausende Likes und Kommentare beweisen es: Viele Menschen lieben die Freedom Parade und Captain Future. Der Mainstream dagegen bezeichnete die »Idioten« (heute Show) als »gestört« (Spiegel TV), der derzeitige Gesundheitsminister Karl Lauterbach findet gar, ihr »gut gelaunter, narzisstischer Egoismus« sei »schwer zu ertragen«. – Mit »Freedom Parade - Tanz um dein Leben!« kann sich jetzt ein weltweites Publikum eine eigene Meinung bilden.

Der Film ist kostenlos auf mehreren Videoplattformen, auf FreedomParade.de sowie auf Apolut.net zu sehen und wird auch auf den Online-Seiten der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand dokumentiert. (ale mit Pressematerial der Freedom Parade)

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Stadt der Blinden.
José Saramago
Hoffmann & Campe
978-3-45581-2770



Krieg und Frieden.
Leo Tolstoi
Anaconda
978-3-86647-176-4



Überwachen und Strafen.
Die Geburt des Gefängnisses
Michel Foucault
Suhrkamp
978-3-518-38771-9



Das Abenteuer. Der Freund.
Giorgio Agamben
Matthes & Seitz
978-3-95757-340-7



Das Kapitalismustribunal.
Anselm Lenz, Haus Bartleby
et al. (Hgg.)
Passagen Verlag
978-3-7092-0220-3



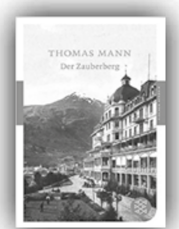
Schwarzbuch Corona.
Band 1: Die Erkenntniss des Corona-Ausschusses
Tamara Ganjalyan, Ulrich Gellermann (Hgg.) Mitarbeit: Gabriele Krüper
Sodenkamp & Lenz,
978-3-9822745-1-5



Corona-Impfung.
Wäs Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten
Beate Bahner
Rubikon
9783967890242



Gesundheit aus eigener Kraft.
Walter Weber
Herbig
ISBN 3-7766-2332-2



Der Zauberberg.
Thomas Mann
Fischer Taschenbuch
978-3-596-90416-7



Schimmernder Dunst über Coby County.
Leif Randt
Kiepenheuer & Witsch
978-3-462-00293-5



Das Musical »Die neue Normalität«. Foto: DW/Steve Schramm

Das annormale Musical

Am vergangenen Wochenende fand an geheimem Ort durch ein anonym bleibendes Starensemble das Musical »Die Neue Normalität« statt (Foto: DW/Steve Schramm).

VOM WESEN
DES MENSCHEN

Die Aufführungen des regierungskritischen Singspiels waren jeweils ausverkauft. Zuvor hatten bereits die Ausstellung »Berlin Art Weekend« in der Berliner Musikbrauerei (DW berichtete) sowie die Filmpremiere der Freedom Parade (siehe Rubrik »Pop« auf Seite 14 dieser Ausgabe) den Auftakt zum offenen Widerstand renommierter Künstler in der deutschen Hauptstadt markiert. DW-Hausphilosoph Werner Köhne trägt im Folgenden einen neuen »Gedankensplitter« bei. (ale)

Kurzer Text an Klaus Schwab von DW-Philosoph Werner Köhne

Wer den Menschen in seinem tiefsten Wesen erkennen will, sollte sich auf eines seiner Augen konzentrieren, am besten in der Perspektive einer handlichen Digitalkamera, die heute auch ein Profi nutzt.

Wir fahren mit ihm auf ein durchfurchtes, netzförmiges Tal zu, leicht verschattet vom bewegten Augenlid, wodurch eine flackernde Unruhe aufkommt. Der Kameramann ermüdet indessen wegen der ungünstigen Stellung, die er zum Zwecke der Nahaufnahme einnimmt.

Schließlich reißt er gereizt die Kamera herum – und es ist genau dieser Augenblick, wo das Auge sich uns als ein zuckendes Gewebe offenbart und wir darin ein menschliches Wesen erahnen, vor dem sich alles Denken verneigen sollte.

SPORT MIT BERTHOLD

VERLÄNGERUNG DES GEHIRNS

Man mache sich nur mal klar, was allein die Füße leisten! Unser Körper ist ein Wunderwerk. Er muss nur gewissenhaft behandelt und gepflegt werden, dann begleitet er uns durch unser ganzes Leben.

Füße tragen unser ganzes Gewicht. Fußballer entwickeln für diesen stark belasteten Körperteil zusätzlich ein feinmechanisches Sensorium. Für den perfekten Steilpass mussten auch, beispielsweise, ein Lothar Matthäus oder ein Klaus Augenthaler zehntausendfach im Raum und in der Spielsituation trainieren. Der Fuß wird dann erst, bildlich, im richtigen Moment zur direkten Verlängerung des Gehirns. Spitzensportler haben immer eine spezifische hohe Intelligenz für diese Situationen. – Ich habe als junger Sportler meinen Ärzten blind vertraut, was ich mit meinem heutigen Wissen in dieser Form nicht mehr machen würde. Das betrifft in erster Linie Schmerzmittel und Ergänzungsmittel wie Kreatin. Spätere Studien ergaben, dass Kreatin krebsauslösend sein kann. Im Nachhinein hätte ich mich zu dem Thema auch an »alternative« Sportmediziner gewandt. Klar hat die »Schulmedizin« ihre Domänen: Bei Brüchen oder Rissen benötigt der Athlet im Falle einer Operation immer einen Chirurgen mit viel Erfahrung. Es ergibt bei allem Sinn, mit beiden Beinen Bodenhaftung zu behalten, Verstand und Gefühl nicht auszuschalten.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DIE GROSSEN HÖREN AUF ZU
WENN DIE KLEINEN
AUFHÖREN ZU KRIECHEN.
FRIEDRICH SCH

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 107. Ausgabe ab Samstag, 8. Oktober 2022. | Redaktionsschluss war am 6. Oktober | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 108 erscheint am 15. Oktober 2022.